

**BESCHLUSSBUH**

**DER ORDENTLICHEN  
BEZIRKSKONFERENZ**

vom 15. Januar 2023



**Aufbruch beginnt  
in Oberbayern –  
Jusos in die Offensive!**



# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### A - Arbeit und Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A01	Erwerbsminderungsrentner*innen aus der Armutsfalle befreien! Jusos Miesbach <i>angenommen</i>	11

## D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
D04	<b>Kein Insider-Handel für Minister*innen!</b> Jusos Freising <i>angenommen</i>	25
D06	<b>Kultur- und Jugendförderungs politik progressiv und inklusiv in Oberbayern</b> Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	26

## G - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
G01	<b>GESUNDHEIT?</b> Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	31
G02	<b>Drogenpolitik neu denken</b> Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	34
G03	<b>Echte Hilfe für Suchtkranke – verantwortungsvolle Drogenpolitik in Bayern jetzt!</b> Jusos Ingolstadt <i>angenommen</i>	38

## P - Partei

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
P01	Resolution: Wer wir sind, wie wir uns verstehen: Juso-Sein heißt überzeugt-Sein, nicht nur jung-Sein. Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	49

## U - Umwelt und Energie

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
U01	<b>Umweltschutz und Artenvielfalt für Oberbayern</b> Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	54
U03	<b>Soziale Energiewende jetzt!</b> Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	59
U04	<b>Still und starr ruht die Schneekanone</b> Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	63
U05	<b>Wasserversorgung sicherstellen</b> Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	64

## W - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
W01	Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	70

## AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AP01	Arbeitsprogramm 2023: Aufbruch beginnt in Oberbayern – Jusos in die Offensive! Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	13



## LAT - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
LAT01	Aufbruch beginnt in Oberbayern: Ein rotes Bezirkstagswahlprogramm 2023 Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	39

## V - Verkehr und Mobilität

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
V01	Erhöhung der Anwohnerparkgebühren in Bayern als kommunales Steuerungswerkzeug Jusos Ingolstadt <i>angenommen</i>	68

## M - Migration und Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
M01	Integration durch Investition Jusos Fürstenfeldbruck <i>angenommen</i>	48

## Antrag A01: Erwerbsminderungsrentner\*innen aus der Armutsfalle befreien!

Antragsteller/in:	Jusos Miesbach
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeit und Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern
- 2 Wer aus gesundheitlichen Gründen seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, landet in der
- 3 Armutsfalle: Menschen, die jahrelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt
- 4 haben und dann unverschuldet (z. B. aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalls)
- 5 langfristig arbeitsunfähig werden, beziehen bislang die Grundsicherung. Dies
- 6 bedeutet, dass eingezahlte Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr
- 7 beansprucht werden können. Menschen in der Erwerbsminderung werden nicht, wie das
- 8 Wort „Rente“ eigentlich vermuten lässt (zum Eintritt der Berufsunfähigkeit), in das
- 9 Rentensystem aufgenommen, sondern in die Grundsicherung.
- 10 In Deutschland handelt es sich im Bestand um etwa 1,8 Mio. Betroffene. Zwar beziehen
- 11 diese ab dem 01.01.2022 das neue Bürger\*innengeld, dennoch greifen später Sanktionen
- 12 und sog. „Transferleistungen“, obwohl die Betroffenen aufgrund ihrer gesundheitlichen
- 13 Situation häufig keine Chance haben, sich erneut auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.
- 14 Ebenfalls ist ein regelmäßiger Gang zum Sozialamt bislang notwendig. Auch ein
- 15 finanzielles „Unter den Arm greifen“ durch die Familie oder Verwandtschaft, ist
- 16 aufgrund der aktuell geltenden Regelungen nicht möglich und hat Kürzungen zur Folge.
- 17 Zwar beschlossen die „GroKo“ und die Ampelkoalition in den vergangenen Jahren immer
- 18 wieder Erhöhungen für Erwerbsminderungsrentner\*innen, allerdings kommen diese
- 19 aufgrund der sog. „Transferleistungen“ nicht bzw. nur in einem sehr geringen Anteil
- 20 an.
- 21 Erwerbsminderungsrentner\*innen (auch im Bestand), sind deshalb besonders
- 22 armutsgefährdet.
- 23 Wir fordern daher folgende Maßnahmen, um die Situation fair und gezielt zu bekämpfen:
- 24 Kurzfristige Maßnahmen:
- 25 • Sofortige Verbesserungen! Die Ampelkoalition will die Zurechnungszeit bis 2024
- 26 in kleineren Schritten angeben. Das bedeutet für Betroffene gerade mal ein Plus
- 27 von 30-50 Euro im Monat. Armutsgefährdete Menschen in der Erwerbsminderung
- 28 benötigen aber, nicht zuletzt aufgrund der Inflation, sofortige Hilfe. Die
- 29 Anhebung muss daher sofort und in einem Schritt erfolgen.
- 30 • Zuverdienstgrenzen abschaffen! Damit Betroffene die Möglichkeit haben, in
- 31 finanziellen Notsituationen auf Hilfe der Familie zurückgreifen zu können,
- 32 fordern wir, die Zuverdienstgrenzen abzuschaffen.

- 33 • Abschläge abschaffen: In der Altersrente haben Menschen die freiwillige Option,  
34 früher in Rente zu gehen, allerdings in Abschlägen. Diese Abschläge treffen  
35 ebenfalls auf Erwerbsminderungsrentner\*innen zu. Allerdings haben sie aufgrund  
36 ihrer gesundheitlichen Situation keine Wahl. Die angewandten Abschläge stellen  
37 eine Ungleichheit dar und gehören deshalb abgeschafft.
- 38 • Bei künftigen Rentenanpassungen müssen Erwerbsminderungsrentner\*innen im Bestand  
39 berücksichtigt werden. Auch die Betroffenen im Bestand leiden unter sehr  
40 niedrigen Renten und sind deshalb armutsbedroht.

41 Mittelfristige Maßnahme:

- 42 • Erwerbsminderungsrentner\*innen aus der Grundsicherung holen und in eine  
43 armutsfeste Grundrente integrieren! Erwerbsminderungsrentner\*innen (auch aus dem  
44 Bestand) werden aus der Grundsicherung genommen und in die Grundrente  
45 integriert. Zuvor eingezahlte Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung  
46 (die während des Berufslebens eingezahlt wurden) müssen hierfür anerkannt  
47 werden. Betroffene sollen mit der Grundrente entweder 50% ihres zuvor im  
48 Berufsleben erarbeiteten Netto-Gehalts, mindestens aber eine armutsfeste  
49 Grundrente erhalten. Damit entfällt der Gang zum Sozialamt, die Altersarmut wird  
50 mit einem weiteren Schritt fair und gezielt bekämpft.

## Antrag AP01: Arbeitsprogramm 2023: Aufbruch beginnt in Oberbayern – Jusos in die Offensive!

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Besser wird's nicht von allein. Besser wird es, wenn wir es besser machen. Mit diesem
- 2 Anspruch treten wir als Jungsozialist\*innen tagtäglich an, um die bestehenden
- 3 Verhältnisse zu verändern - im Kleinen wie im Großen. Als Vorstand der Jusos
- 4 Oberbayern tragen wir unseren Teil dazu bei, die Grundlagen für diese Arbeit zur
- 5 Verfügung zu stellen und an der kapitalistischen Gesellschafts- und
- 6 Wirtschaftsordnung zu knabbern. Dem mit der heutigen Wahl einhergehenden
- 7 Vertrauensvorschuss wollen wir mit unserer Arbeit gerecht werden. Daher geben wir uns
- 8 dieses Arbeitsprogramm, an dessen Zielen wir uns messen wollen.

### 9 **Arbeitsweise des Vorstands**

- 10 Der Vorstand der Jusos Oberbayern ist für die inhaltliche und tagespolitische Arbeit
- 11 und Positionierung der Jusos Oberbayern zuständig und füllt das auf der
- 12 Bezirkskonferenz beschlossene Arbeitsprogramm mit Leben. Er vertritt die Jusos in
- 13 Oberbayern nach innen und nach außen, plant Veranstaltungen, setzt Beschlüsse um, und
- 14 zeichnet den Weg zum demokratischen Sozialismus. So wird der Verband inhaltlich nach
- 15 vorne gebracht und auch auf der Landes- und Bundesebene sind stets Jusos aus
- 16 Oberbayern stark vertreten.

- 17 Die Aufgaben im Bezirksvorstand sollen in Zukunft themen- und organisationspezifisch
- 18 intern vergeben werden, sodass im Anschluss Zuständigkeiten noch klarer geregelt
- 19 sind. So kann die ehrenamtliche Arbeit, die in diesem Vorstand geleistet wird, auf
- 20 alle Schultern verteilt werden, sodass Schule, Ausbildung, Studium oder Arbeit nicht
- 21 zu kurz kommen. Die Sitzungen finden alle zwei Wochen statt, immer abwechselnd in
- 22 Präsenz und online. Dies ermöglicht eine bessere Reaktionszeit auf aktuelle
- 23 Situationen. Zudem besteht für besondere Situationen die Möglichkeit,
- 24 außerordentliche Online-Vorstandssitzungen einzuberufen.

- 25 Im Anschluss an die Bezirkskonferenz findet zeitnah eine Klausur statt, um die Arbeit
- 26 im Wahljahr schnellstmöglich aufnehmen zu können.

- 27 Maßgebliche Grundlage der Arbeit des Vorstands sind die "Organisationsrichtlinien der
- 28 Jungsozialist\*innen im SPD-Bezirk Oberbayern" und die Beschlusslagen der
- 29 Bezirkskonferenzen. Dennoch wollen wir hier einige Punkte konkretisieren:

### 30 **Gesamtvorstand**

- 31 Der Gesamtvorstand der Jusos Oberbayern besteht aus den auf der Bezirkskonferenz

32 gewählten Mitgliedern. Jeder Unterbezirk schlägt hier eine Person zur Vertretung im  
33 Gesamtvorstand vor. Der Vorstand tagt einmal im Quartal, also etwa viermal im Jahr.  
34 Dabei sollen sich einige Aspekte der Gesamtvorstandssitzungen im Vergleich zu den  
35 Vorjahren ändern: In Zukunft sollen die Sitzungen neben den Berichten aus den  
36 Unterbezirken, dem Landes- und Bundesvorstand und Planung der kommenden  
37 Veranstaltungen einen größeren Schwerpunkt auf die Vernetzung und die inhaltliche  
38 Arbeit legen. Hierbei werden Expert\*innen eingeladen, um Fragen zu beantworten und  
39 die Attraktivität der Sitzungen zu steigern. Ziel muss es sein, alle Unterbezirke  
40 anzubinden, sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Dazu soll auch die bestehende  
41 Telegram-Gruppe stärker genutzt werden, um einen schnellen Informationsaustausch zu  
42 ermöglichen.

#### 43 **SPD Oberbayern**

44 Als Jusos Oberbayern entsenden wir ein stimmberechtigtes Mitglied in den SPD  
45 Bezirksvorstand. Diese Juso-Nominierung wird auf dem Bezirkstag der SPD Oberbayern  
46 von den Delegierten gewählt. Wir verstehen uns als kritisch-solidarische Stimme  
47 gegenüber der Mutterpartei und scheuen es nicht, kritische Punkte stabil zu vertreten  
48 und uns für unsere Juso-Grundwerte und Beschlusslagen einzusetzen. Dabei ist es uns  
49 wichtig, die inhaltlichen Debatten durch starke Anträge und Redebeiträge zu prägen  
50 und auch die SPD in Oberbayern feministischer, internationalistischer,  
51 antifaschistischer und vor allem sozialistischer zu gestalten.

#### 52 **Juso-Landesvorstand**

53 Als Jusos Oberbayern ist es unser Anspruch, auch im Landesvorstand der Jusos Bayern  
54 stark vertreten zu sein und so auch die inhaltliche sowie organisatorische Arbeit mit  
55 voranzutreiben. Die Mitarbeit in den Themenwerkstätten sowie die Teilnahme an  
56 Seminaren und die Bewerbungen um die Delegation für den Bundeskongress stehen dabei  
57 im Mittelpunkt unseres Engagements.

#### 58 **Awareness-Team und Gleichstellungsbeauftragte**

59 Neben unserem Bezirksvorstand haben wir mit dem Awareness-Team ein Gremium  
60 geschaffen, das für unsere Mitglieder stets ein offenes Ohr hat und Probleme  
61 vertraulich behandelt. Egal ob es um grenzüberschreitendes Verhalten, sexistisches  
62 oder diskriminierendes Verhalten geht, das Awareness-Team steht an der Seite der  
63 Betroffenen und handelt in ihrem Interesse. Das Awareness-Team handelt nur in dem  
64 Rahmen, den die Betroffenen möchten und kann in Absprache mit ihnen auch weitere  
65 Schritte einleiten. Für uns ist ganz klar: Wir stehen an der Seite der Betroffenen  
66 und schützen diese zu jedem Zeitpunkt. Jegliche diskriminierende, sexistische oder  
67 grenzüberschreitende Handlungen verurteilen wir hart.

68 Das Awareness-Team besteht aus der gleichstellungsbeauftragten Person sowie drei  
69 zusätzlichen Personen. Diese werden auf der Bezirkskonferenz gewählt. Die  
70 Bezirksvorsitzenden können nicht Teil des Awareness-Teams werden. So wird ein  
71 Machtgefälle vermieden und auch bei Problemen mit den Bezirksvorsitzenden kann sich  
72 jederzeit offen an das Awareness-Team gewandt werden.

## **Strukturarbeit & Mitgliederbetreuung**

### **74 Die Unterbezirke**

75 Die Unterbezirke stehen vor unterschiedlichen politischen, organisatorischen und  
76 strukturellen Ausgangsbedingungen und Herausforderungen. Als Bezirksvorstand wollen  
77 wir deshalb mit den Unterbezirken zusammenarbeiten, auf individuelle oder regionale  
78 Herausforderungen eingehen und alle Jusos in Oberbayern gleichermaßen beteiligen.  
79 Letzteren Punkt wollen wir gerade durch Seminare und unsere Bildungsarbeit  
80 verwirklichen, dazu auch mehr unter Punkt 9.

81 Die Betreuungsstruktur, in der ein Mitglied des Bezirksvorstandes für einen oder  
82 mehrere Unterbezirke zuständig und ansprechbar ist, werden wir erhalten. Damit  
83 erhalten wir eine verantwortliche Person als konkrete Ansprechstelle, die die  
84 Anliegen des Unterbezirkes an den Bezirksvorstand weiterleiten kann.

### **85 Zusammenarbeit verbessern, Strukturen stärken: die Strukturbeauftragten**

86 Gleichzeitig wollen wir im neuen Bezirksvorstand ein neues Konzept für die Betreuung  
87 umsetzen: die Strukturbeauftragten.

88 In der auslaufenden Wahlperiode haben wir dieses Konzept bereits getestet und zwei  
89 Mitglieder des Bezirksvorstandes benannt, die Termine der Unterbezirke erfassen und  
90 wichtige Veranstaltungsdaten kommunizieren.

91 Im neuen Vorstand sollen die Strukturbeauftragten die Betreuung der Unterbezirke vor  
92 allem organisatorisch begleiten. Sie sind beispielsweise Ansprechpartner\*innen für  
93 Satzungsfragen und die Durchführung von Jahreshauptversammlungen und achten darauf,  
94 dass die Zusammenarbeit mit allen Unterbezirken stattfindet. Auch unterstützen sie  
95 Neugründungen und sind neben den jeweiligen zuständigen Mitgliedern des  
96 Bezirksvorstandes Ansprechstellen für die Unterbezirke. Die Strukturbeauftragten  
97 werden zu Beginn der Wahlperiode im Bezirksvorstand bestimmt und auch auf der Website  
98 vorgestellt.

### **99 'Oberbayern entdecken' und Regionaltreffen**

100 Nach zwei Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode zwei Vernetzungsformate  
101 wiedereinführen: Die 'Oberbayern entdecken'-Veranstaltungsreihe und die  
102 Regionaltreffen.

103 Mit 'Oberbayern entdecken' wollen wir mehrmals im Jahr verschiedene Regionen und in  
104 Kooperation mit dem jeweiligen Unterbezirk Orte mit einem politischen Hintergrund  
105 besuchen oder Aktionen durchführen.

106 Auf den Regionaltreffen bieten wir mehreren, räumlich nahen Unterbezirken die  
107 Möglichkeit, sich zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen.  
108 Damit fördern wir den Wissensaustausch besonders in ländlichen Unterbezirken und  
109 stellen auch abseits der Gesamtvorstandssitzungen Kontakt her. Auch Seminare zur  
110 strukturellen und inhaltlichen Arbeit können auf diesen Regionaltreffen durchgeführt  
111 werden. Das Format soll besonders von den Strukturbeauftragten begleitet werden.

### **112 Merchandise**

113 Wir wollen, unter Beteiligung unserer Mitglieder, neuen Merch (z. B. Sticker,



114 Kleidung, Karten u. Ä.) der Jusos Oberbayern erstellen. Diese Beteiligung soll dabei  
115 in Form von aktiver Mitgestaltung und Einbringung eigener Entwürfe durch einzelne  
116 Mitglieder stattfinden.

## 117 **Bildungsarbeit**

118 Unser seit einigen Jahren erfolgreiches Format der Rufseminare werden wir fortführen.  
119 Die Rufseminare sind unterteilt in inhaltliche und "Soft-Skill"-Seminare. Die Themen  
120 der inhaltlichen Seminare sind Antifaschismus, Feminismus, Demokratischer Sozialismus  
121 und die Grundwerte der Jusos. "Soft-Skill"-Seminare gibt es zu "Juso- Arbeit vor  
122 Ort", "Reden auf Parteitag", "Wie schreibe ich einen (einfachen) Antrag" und  
123 "Organisation von Demonstrationen".  
124 Seit 2020 können wir jedes Seminar auch online halten und bieten beide Varianten nach  
125 Wunsch der Teilnehmer\*innen an. Insbesondere wollen wir die Rufseminare bei den neu  
126 gegründeten und bislang weniger aktiven Unterbezirken bewerben.  
127 Das Material für die Rufseminare ist sowohl digital in unsere neuen Cloud eingestellt  
128 als auch analog in entsprechenden Ordnern im Juso-Büro in München archiviert, sodass  
129 die Teamer\*innen schnell ein bestimmtes Seminar übernehmen können. Dabei braucht es  
130 noch inhaltliche Ergänzungen und Anpassungen, wie z. B. eine queere Perspektive beim  
131 Rufseminar Feminismus.  
132 Weiterhin wollen wir im kommenden Jahr ein Seminarprogramm aus den Inhalten der  
133 Rufseminare sowie eigener Akzente erstellen. Dabei versuchen wir, gleichzeitig die  
134 Vernetzung durch Angebote für die jeweiligen Regionen Oberbayerns zu ermöglichen.  
135 Gleichzeitig soll auch die Teilnahme aller Jusos aus Oberbayern an den angebotenen  
136 Terminen möglich sein. Das Seminarprogramm wird ausreichend früh veröffentlicht.  
137 Weiterhin stellen wir die Seminarinhalte für die Neumitgliederseminare der Jusos  
138 Bayern und der Jusos München bei Bedarf zur Verfügung und unterstützen die  
139 Bildungsprogramme aller Unterbezirke. Auf Wunsch entwickeln wir Rufseminare zu  
140 weiteren Themen.

## 141 **Arbeitskreise werden zu Projektgruppen**

142 In den vergangenen Jahren haben wir verschiedene Arbeitskreise angeboten, die über  
143 das gesamte Jahr hinweg gearbeitet haben, mit dem Ziel der inhaltlichen Weiterbildung  
144 und der Erarbeitung von neuen inhaltlichen Positionen. In Zukunft wollen wir diese  
145 inhaltliche Arbeit umstrukturieren. Aus Arbeitskreisen, die sich über ein Jahr mit  
146 einem Themengebiet beschäftigen, werden Projektgruppen, die über einen kürzeren  
147 Zeitraum aktuelle inhaltliche Themen bearbeiten und unsere Positionen erarbeiten.  
148 Dabei können die Themen sowohl anhand tagespolitischer Themen, innerverbandlichen  
149 Themen, sowie Interessen an weiteren Themen ausgewählt werden. Die Projektgruppen  
150 werden immer von einer Person aus dem Bezirksvorstand geleitet. Bei der Ideenfindung  
151 sollen aber vor allem der Gesamtvorstand sowie die Unterbezirke mit einbezogen  
152 werden.

153 Aktuell arbeitet die Arbeitsgruppe Leben & Tod zum Thema Sterbehilfe, sowie die

154 Projektgruppe Internationales, die Projektgruppe Feminismus, sowie die Projektgruppe  
155 Sport und Kultur. Zusätzlich wurde die Projektgruppe Juso Selbstverständnis ins Leben  
156 gerufen. Alle Projektgruppen informieren über ihre Treffen über die Homepage der  
157 Jusos Oberbayern sowie die dazugehörigen Social Media Kanäle.

## 158 **Diskriminierungskritik und Awareness - Make Racists**

### 159 **Afraid again!**

160 Wir wollen den Landesvorstand beim Vorhaben, das Konzept "Critical Whiteness" in den  
161 Verband einzuführen, unterstützen. Dazu wollen wir konkret einen thematischen  
162 Workshop für Multiplikator\*innen innerhalb unseres Verbandes organisieren und die  
163 Unterbezirke bei eigenen Bestrebungen mit unserem Wissen und unseren Kontakten  
164 unterstützen. Ebenso wichtig ist es uns, die Idee von Kritischem Weißsein auch gerade  
165 als Vorstandsmitglieder vorzuleben und uns stets kritisch zu  
166 reflektieren.

167 Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus ist überfällig und notwendig.  
168 Anti-Rassismus ist zentral und in allen Bereichen, auf allen Ebenen eine  
169 Notwendigkeit.

170 Wir verstehen den Kampf gegen Rassismus als eine Aufgabe, in der die Angehörigen der  
171 weißen Mehrheitsgesellschaft in einer Bringschuld stehen. Es ist nicht die  
172 Verantwortung Betroffener, aktiv zu werden und als Lehrer\*innen gegen Diskriminierung  
173 zu agieren. Dies gilt für alle Formen von Diskriminierung. Wir wollen alle, die sich  
174 gegen Diskriminierung engagieren möchten, dabei unterstützen. Die Idee einer BIPoC-  
175 Vernetzung innerhalb der Jusos möchten wir nach unseren Möglichkeiten voranbringen,  
176 ohne dabei paternalistisch zu agieren.

177 Des Weiteren wollen wir dem Thema Neurodiversität mehr Aufmerksamkeit verschaffen.  
178 Einfach gesagt, beschreibt Neurodiversität, dass jeder Mensch bzw. jedes Gehirn  
179 unterschiedlich ist. Dabei gibt es ein Spektrum von neurotypisch bis neurodivergent.  
180 Neurotypisch meint dabei die Mehrheit an Menschen, die sich neuro-psychologisch  
181 betrachtet ähneln und als die "Norm" betrachtet werden. Neurodivergent  
182 charakterisiert nun all jene Menschen, welche aufgrund von psychischen Unterschieden  
183 neurologisch betrachtet nicht in das neurotypische Register fallen. Das sind z. B.  
184 Menschen mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom), Autist\*innen,  
185 aber auch Menschen mit Legasthenie, Dyskalkulie oder Zwangsstörungen (OCD).  
186 Betroffene werden oft benachteiligt und diskriminiert. Wir wollen das Thema  
187 Neurodiversität insbesondere unter den Gesichtspunkten Awareness und Empowerment  
188 angehen.

189 Wir unterstützen die Entwicklung und Etablierung eines Awareness-Konzepts auf allen  
190 Juso-Ebenen und wollen gerade auch gegenüber der Partei offensiv die Einrichtung  
191 effektiver Konzepte gegen Diskriminierung einfordern.

192 Wir halten an unserem Ziel fest, durch Antragsbücher in einfacher Sprache die  
193 Barrieren für die Debatte auf einer Bezirkskonferenz abzubauen. Gleichzeitig  
194 empfinden wir es als große Belastung für diejenigen, die Anträge einbringen, dass

195 diese auch für die Übersetzung in einfache Sprache verantwortlich gemacht werden.  
196 Daher sollen die Anträge künftig auf Bezirksebene in einfache Sprache übersetzt  
197 werden und nicht individuell durch die Antragsteller\*innen. Hierfür werden wir im  
198 nächsten Bezirksvorstand ein tragfähiges Konzept erarbeiten.

## 199 **Gleichstellung**

200 Eine gerechte Gesellschaft heißt für uns echte Gleichberechtigung aller Gender. Eine  
201 Gleichstellung, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der Gesellschaft  
202 gelebt wird. Davon sind wir Stand jetzt noch weit entfernt. FLINTA\*(Frauen, Lesben,  
203 Inter, Non-Binary, Trans, Agender) leiden unter einer täglichen Benachteiligung  
204 aufgrund ihres Geschlechts. Angefangen beim Gender-Pay-Gap und der strafrechtlichen  
205 Verfolgung bei Schwangerschaftsabbrüchen hin zu alltäglichem Sexismus. Gleichstellung  
206 bezieht sich nicht nur auf FLINTA\*, sondern wirklich auf alle, somit auch auf Männer.  
207 Auch Männer können unter dem Patriarchat und den damit einhergehenden Rollenbildern  
208 leiden.

209 Eine Gesellschaft der stereotypischen Rollenbilder und der weiteren Erhaltung des  
210 Patriarchats lehnen wir entschieden ab. Keine Person darf aufgrund ihres Genders  
211 schlechter behandelt werden oder nur auf das Gender reduziert werden. Dagegen kämpfen  
212 wir an: Auf der Straße, in den Parlamenten, in unserer eigenen Partei. Wir sind laut  
213 gegen jede Form der Diskriminierung und Sexismus.

214 Unser Feminismus ist intersektional. Viele Personen sind von  
215 Mehrfachdiskriminierungen betroffen, sei es aufgrund der Hautfarbe und des  
216 Geschlechts oder von anderen sich überlappenden und gegenseitig bedingenden  
217 Diskriminierungsformen. Wir erkennen diese Problematik und bedenken sie bei der  
218 Ausarbeitung diskriminierungskritischer Konzepte. Auch erkennen wir an, dass der  
219 Kapitalismus Ungleichheitsvorstellungen etabliert und Diskriminierung fördert.

220 Darüber hinaus wollen wir darauf hinarbeiten, dass das feministische Grundverständnis  
221 der Jusos zu einem queerfeministischen Grundverständnis wird.

222 Ein wichtiger Teil unserer feministischen Arbeit sind die regelmäßigen FLINTA\*-  
223 Vernetzungstreffen, die sowohl online als auch in Präsenz stattfinden können. Dabei  
224 möchten wir uns mit den unterschiedlichen queerfeministischen Themen  
225 auseinandersetzen oder uns einfach empowern. Außerdem wollen wir Leitfäden für die  
226 Genderplena weiter ausarbeiten und auch darüber Männer von unserem gemeinsamen  
Kampf  
227 und dem Feminismus überzeugen. Den Abschluss des Jahres bildet die  
228 Gleichstellungskonferenz mit Jahresabschlussfeier bei der wir in jedem Jahr spannende  
229 Themen bearbeiten.

## 230 **Antifa und Gedenken**

231 Antifaschismus ist sozialistische Tradition, in derer wir uns sehen.  
232 Antifaschistische Arbeit ist fester Bestandteil unseres jungsozialistischen Wirkens.  
233 Mit unseren antifaschistischen Bündnispartner\*innen wollen wir weiterhin oder wieder

234 eng zusammenarbeiten. Die Gedenkveranstaltungen im KZ Dachau werden wir wieder  
235 unterstützen und zu den Naturfreunde Loisachtal wollen wir wieder besseren Kontakt  
236 aufbauen und uns bei der Organisation der Gedenkveranstaltung zu Penzberger Mordnacht  
237 beteiligen. Darüber hinaus stehen wir anderen Bündnispartner\*innen offen gegenüber  
238 und wollen unsere Rolle in der oberbayerischen Antifa neu definieren und stärker  
239 ausfüllen.

240 Dazu gehört, sich in Ballungsgebieten mit den bestehenden Antifa-Bündnissen  
241 auszutauschen und bei ihren Veranstaltungen Präsenz und Stabilität zu zeigen. Ebenso  
242 sehen wir es als unsere Aufgabe, unsere ländlichen Unterbezirke darin zu  
243 unterstützen, antifaschistische Veranstaltungen (wie z.B. Gegenveranstaltungen zur  
244 AfD) zu organisieren, besonders, wenn aktive Bündnisse erst aufgebaut werden müssen.  
245 Wir wollen, dass die Jusos als verlässlicher Partner im Kampf gegen Rechts  
246 wahrgenommen werden, von denen, die aktuell gute und wichtige Arbeit leisten. Die,  
247 gegen die sich die antifaschistische Arbeit richtet, sollen wissen, dass sie in uns  
248 entschiedene Gegner\*innen haben!

249 Wichtig ist uns, dass Antifaschismus für uns zuallererst folgende Aufgaben hat:

- 250 • Faschist\*innen sowie ihre Verbündeten und Steigbügelhalter\*innen daran zu  
251 hindern, zu tun, was sie eben tun, wenn man sie lässt
- 252 • Prävention (insbesondere durch Bildung)
- 253 • jenen, die von rechter Gewalt betroffen und bedroht sind, zu zeigen, dass wir  
254 sie nicht alleine lassen.

255 Gespräche und Kompromisse mit oder "Rückhol-Versuche" von Mitgliedern und  
256 insbesondere Vertreter\*innen faschistischer und anderer rechtsextremer Vereinigungen  
257 und Positionen sind für uns explizit nicht antifaschistische Priorität.

258 Wir verstehen Antifaschismus nicht als ein isoliertes Thema, sondern als  
259 intersektional.

260 Uns ist es wichtig, unsere Mitglieder zu empowern, das Prinzip "see something - say  
261 something - do something" in die Tat umsetzen zu können.

262 Im Umgang mit der AfD und anderen Ultra-Rechten Vereinigungen setzen wir auf Null-  
263 Toleranz. Gemeinsame Auftritte oder Gespräche lehnen wir kategorisch ab. Besonders im  
264 Zuge der Landtagswahl wollen wir die Kandidierenden im Einsatz gegen Rechts und im  
265 Umgang mit der AfD unterstützen. Grundsätzlich gilt: kein Podium mit Faschist\*innen.

266 Als eigenes Format gegen Rechts wollen wir unsere Veranstaltungsreihe Bergauf gegen  
267 Rechts wieder etablieren und gemeinsam mit Unterbezirken Bildungsbergtouren zu den  
268 Themen Faschismus, Gedenken oder Kampf gegen Rechts unternehmen.

## 269 **Bu**?**ndnisarbeit**

270 Wir verstehen den Wert der Vernetzung nach außen und wollen den Kontakt zu anderen  
271 Organisationen intensivieren. Zum Beispiel Gewerkschaftsjugend, linke und andere  
272 Parteijugend und linke progressive Bündnisse wie Genug ist Genug.

273 Unsere Vernetzungsarbeit geht seit jeher über die Landesgrenzen hinaus im Geist des  
274 Internationalismus.

275 Unser Kampf für eine gerechtere Gesellschaft geht nicht alleine. Deshalb ist es unser  
276 Ziel auch unsere Unterbezirke mit verschiedenen Akteur\*innen vor Ort zu vernetzen.  
277 Dabei wollen wir insbesondere die Gewerkschaftsjugendlichen hervorheben, gerade auch mit  
278 Blick auf die vielen Tarifverhandlungen in 2023. Auch mit anderen,  
279 zivilgesellschaftlichen Bündnissen wollen wir die Zusammenarbeit suchen, zum Beispiel  
280 in antifaschistischen oder jugendpolitischen Zusammenhängen.

281 Auch mit anderen Parteijugendlichen können wir uns vorstellen zu gewissen Themen  
282 zusammenzuarbeiten, um progressive Inhalte nach vorne zu bringen.

283 Unsere aktuelle Generation zeigt, dass es gerade die jungen, linken Bündnisse auf der  
284 Straße sind, die sich lautstark für eine gerechte Welt einsetzen. Egal ob  
285 Aktivist\*innen bei "Genug ist genug" oder beim Klimaschutz. Als Jusos stehen wir  
286 solidarisch an ihrer Seite.

## 287 **Veranstaltungen**

### 288 **Wahlkampftour - Oberbayern erkämpfen**

289 Anstatt eines Verbandswochenendes wollen wir in diesem Wahlkampffahr mit einer  
290 mehrwöchigen Wahlkampftour unsere Unterbezirke vernetzen und im Landtagswahlkampf  
291 unterstützen. Dabei setzen wir uns das Ziel jeden Unterbezirk mit einer Juso-  
292 Kandidatur für Landtags- oder Bezirkstagswahl mindestens einmal zu besuchen und dabei  
293 auch aktive Unterbezirke ohne Kandidierende einzubinden. Dabei soll oberbayernweit  
294 mobilisiert werden, ein besonderer Fokus soll aber auf die lokal angrenzenden  
295 Untergliederungen gelegt werden, um eine regionale Vernetzung zu erreichen.

296 Ziel der Wahlkampftour soll es sein, mit der vollen Stärke der Jusos Oberbayern die  
297 Kandidat\*innen zu unterstützen. Veranstaltungen von Kandidierenden können dabei  
298 unterstützt werden, darüber hinaus sollen aber auch eigene Veranstaltungsformate  
299 erarbeitet und die gemeinsame Organisation dieser vor Ort angeboten werden.

300 Zusätzlich soll auch ein Schwerpunkt auf Vernetzungs- sowie Bildungsarbeit vor Ort  
301 gelegt werden. Seminare, Diskussions- und Gesprächsrunden sollen veranstaltet werden.  
302 Der Verband soll dadurch neben dem gemeinsamen Wahlkampf enger über  
303 Unterbezirksgrenzen hinweg verbunden werden und gemeinsam unser Verständnis vom  
304 Demokratischen Sozialismus vermittelt bekommen und an weiteren Visionen gemeinsam  
305 mitarbeiten. Mit dem Format 'Oberbayern entdecken', das größtenteils in Verbindung mit  
306 der Wahlkampftour als "Oberbayern erkämpfen" stattfinden wird, wollen wir mehrmals  
307 im Jahr verschiedene Regionen und in Kooperation mit dem jeweiligen Unterbezirk Orte  
308 mit einem politischen Hintergrund besuchen oder Aktionen durchführen.

### 309 **Gleichstellungskonferenz und Jahresabschlussfeier**

310 Auch im nächsten Jahr möchten wir die Gleichstellungskonferenz mit anschließender  
311 Jahresabschlussfeier veranstalten. Die Themenvorschläge werden durch den Bezirks-  
312 und Gesamtvorstand erarbeitet und das Ziel ist, unsere Bündnispartner\*innen stärker  
313 einzubinden und gezielt einzuladen. Die Jahresabschlussfeier soll wieder zur

314 Vernetzung zwischen den Unterbezirken dienen und allen einen genuin politischen Ausklang  
315 für das Jahr 2023 bieten.

### 316 **FLINTA\*-Vernetzungstreffen**

317 Im Rahmen unserer gleichstellungspolitischen Arbeit finden unsere FLINTA\*-  
318 Vernetzungstreffen regelmäßig statt und beleuchten die unterschiedlichsten Themen.  
319 Ziel ist es, FLINTA\*s in ganz Oberbayern zu erreichen, eine Vernetzung zu schaffen  
320 und inhaltlich zu arbeiten. Die Organisation der Treffen wird durch den\*die  
321 Gleichstellungsbeauftragte\*n. Die Treffen können dabei entweder online oder in  
322 Präsenz stattfinden.

### 323 **Bergauf gegen Rechts**

324 Als eigenes Format gegen Rechts wollen wir unsere Veranstaltungsreihe "Bergauf gegen  
325 Rechts" wieder etablieren und gemeinsam mit Unterbezirken Bildungsbergtouren zu den  
326 Themen Faschismus, Gedenken und Kampf gegen Rechts unternehmen.

### 327 **Neurodivergenz und Politik**

328 Wir wollen eine Veranstaltung mit politisch aktiven, neurodivergenten Personen  
329 organisieren. Ziele der Veranstaltung sind dabei insbesondere Awareness und  
330 Empowerment, aber auch ein Bewusstsein für Bedürfnisse Betroffener und daraus Ideen  
331 für Verbesserungen in Verband, Partei, Parlamenten und Gesellschaft zu entwickeln.

## 332 **Öffentlichkeitsarbeit**

333 Wir wollen in der kommenden Legislatur auch im Hinblick auf die Landtagswahl und die  
334 konstruktiv kritische Positionierung zur Bundesregierung als linke Stimme in  
335 Oberbayern gehört werden. Unsere Öffentlichkeitsarbeit soll dabei auf mehr Kanäle  
336 verteilt werden als bisher. In der letzten Legislatur haben wir den Fokus besonders  
337 auf Instagram gelegt und mit unserer Vorstellungskampagne, inhaltlichen Posts zur  
338 Tagespolitik und beschlossenen Anträgen sowie die Begleitung/Nachbereitung von  
339 Veranstaltungen einen guten Auftritt erreicht. Künftig wollen wir aber auch wieder  
340 andere Kanäle wie Pressemitteilungen und unsere Homepage in den Blickpunkt rücken,  
341 aber auch unseren Social Media Auftritt für die nächste Legislatur professionell  
342 planen. Generell wollen wir die Medien miteinander verbinden und kombinieren.  
343 Insgesamt wird die Hauptorganisation bei einer in der Klausur ausgewählten Person  
344 liegen, die ein Social Media Team in angemessener Größe bilden soll.

### 345 **Social Media**

346 Auf Instagram wollen wir in einer kurzen Kampagne nach der Bezirkskonferenz unseren  
347 neu gewählten Vorstand vorstellen und dabei auf inhaltliche Schwerpunkte der  
348 Gewählten eingehen.

349 Wir werden die Kandidierenden für die Bezirkstags- und Landtagswahl in einem  
350 Vorstellungsformat bewerben. Vorbild soll dabei das Format zur Bundestagswahl („Sagen  
351 Sie jetzt nichts“) sein, bei dem die Kandidierenden ungezwungen ihnen wichtige  
352 Positionen vermitteln konnten. Des Weiteren planen wir Takeover unseres Accounts  
353 durch ausgewählte Kandidierende und immer wieder Präsenz bei inhaltlichen Fragen.

354 Inhaltlich wollen wir die Anträge der Bezirkskonferenz aufbereiten und zeigen und  
355 auch im Hinblick auf die Landtagswahl zu wichtigen Themen Stellung beziehen. Wir  
356 berufen uns dabei auf die Themen Bildung, Wohnen und Mobilität, die die Jusos Bayern  
357 im Jugendwahlprogramm #bayernsiehtrot zu den Hauptwahlkampfthemen gemacht haben,  
358 werden zusätzlich aber auch auf die Schwerpunktthemen unserer Kandidierenden  
359 eingehen.

360 Des Weiteren wollen wir auch künftig (auch nach der Landtagswahl) zu tagesaktuellen  
361 Themen unsere Positionen auf Social Media zeigen. Dabei sollen alle Personen des  
362 Bezirksvorstands ihren Beitrag leisten und inhaltlichen Input geben und online  
363 präsent sein. Die themenspezifisch Zuständigen sollen sich inhaltlich in der  
364 Onlinekommunikation einbringen und ihre inhaltliche Arbeit transportieren und zeigen.

365 Für Veranstaltungen wollen wir weiterhin eine professionelle Begleitung bieten und  
366 Ankündigungen posten. Alle Beiträge für Instagram werden auch auf Facebook gepostet.  
367 Dabei wollen wir in der nächsten Legislatur evaluieren, ob wir (besonders im Hinblick  
368 auf die Wahl) Facebook auch wieder als eigenes Medium bespielen wollen.

#### 369 **Pressemitteilungen**

370 In der kommenden Legislatur wollen wir auch in den Printmedien Präsenz zeigen. Dazu  
371 wollen wir sowohl zu Veranstaltungen als auch zu inhaltlichen Positionierungen  
372 Pressemitteilungen versenden. Dabei ist ein enger Austausch mit den Unterbezirken  
373 existenziell, da wir auf lokale Presseverteiler angewiesen sind. Wir wollen daher  
374 zeitnah eine Strategie entwickeln, wie Pressemitteilungen möglichst großflächig  
375 Wirkung erzielen können. Jede versendete Pressemitteilung soll auch in den anderen  
376 Medien gespielt werden.

#### 377 **Newsletter**

378 Den klassischen E-Mail-Newsletter, der zwischen tausenden Parteimails weggeklickt  
379 wird, werden wir nicht weiter verfolgen, sondern einstellen. Stattdessen wollen wir  
380 auf dem Telegram-Kanal und Social Media einen Monatsausblick etablieren, in dem  
381 Veranstaltungen angekündigt und beworben werden. Wichtige Veranstaltungen werden wir  
382 auch weiterhin per Mail ankündigen.

#### 383 **Telegram-Kanal**

384 Den Telegram-Kanal verwenden wir als Mitglieder-Informationsdienst. Veranstaltungen  
385 sollen hier beworben werden und bei besonderen tagespolitisch relevanten Themen die  
386 Positionierung des Bezirksvorstands transportiert werden.

#### 387 **Website und Oberbayernwählt.de**

388 Auf unserer Website wollen wir up to date sein und sie laufend aktualisieren. Zu  
389 allen tagespolitischen Posts sollen Blogbeiträge verfasst werden, ebenso nach  
390 Veranstaltungen als kurzer Bericht. Auch Informationen über anstehende Termine sollen  
391 auf der Website einfach einsehbar sein.

392 Für die Landtagswahl wollen wir unsere Kandidierenden auch auf der Oberbayernwählt-  
393 Website präsentieren. Diese soll nach Möglichkeit eng mit der Website verzahnt  
394 werden. Dabei sollen die Kandidierenden die Möglichkeit bekommen, sich inhaltlich und  
395 persönlich vorzustellen.

## 396 **JSAG und Juso-Hochschulgruppen**

### 397 **Juso-Hochschulgruppen**

398 In Oberbayern gibt es in München und Eichstätt mittlerweile zwei aktive Juso-  
399 Hochschulgruppen. Die Arbeit beider Hochschulgruppen wollen wir durch  
400 Wissensweitergabe, die Anbindung an die Arbeit des Bezirksvorstandes und in den  
401 anstehenden Hochschulwahlkämpfen unterstützen. Auch den Aufbau weiterer  
402 Hochschulgruppen wollen wir ermöglichen.

### 403 **Juso-Schüler\*innen- und Auszubildendengruppe (JSAG)**

404 Wir wollen die Strukturen der JSAG auf Bezirks- und Landesebene in der kommenden  
405 Wahlperiode des Bezirksvorstandes stärken. Dazu gehört vor allem der Aufbau von  
406 Strukturen mithilfe von interessierten Genoss\*innen, die Teil der JSAG sind.  
407 Bestrebungen in diese Richtung werden wir unterstützen.

## 408 **Landtags- und Bezirkstagswahl 2023**

409 Die kommende Landtagswahl wird eine Herausforderung, die Bayern-SPD ist in keiner  
410 berauschenden Position und eine Mehrheit jenseits der CSU scheint schwer möglich.  
411 Dennoch gehen wir optimistisch mit vielen jungen Kandidierenden in den Wahlkampf. Für  
412 uns muss es das Ziel sein, junge Kandidierende zu unterstützen – sie können der  
413 frische Wind werden, den die SPD in diesem Wahlkampf so dringend braucht.

### 414 **Erwartungen an Kandidierende**

415 Wir stellen als Jusos Oberbayern klare inhaltliche Erwartungen an unsere  
416 Kandidierenden. Die Ziele des demokratischen Sozialismus und das kritisch-  
417 solidarische Verhältnis zur SPD setzen wir voraus. Unsere Unterstützung ist an diese  
418 Grundwerte gekoppelt, nicht jede\*r unter 35 ist automatisch Juso. Finanzielle und  
419 organisatorische Unterstützung wollen wir auf die Kandidierenden konzentrieren, die  
420 wir und die sich selbst als Jusos verstehen und sich zu unseren Grundwerten und  
421 Überzeugungen bekennen.

### 422 **Wahlkampf**

423 Bei der Bundestagswahl haben unsere Juso-Kandidat\*innen ihren Wahlkampf hauptsächlich  
424 autark und nur mit Unterstützung der lokalen Jusos gemacht, bei der Landtags- und  
425 Bezirkstagswahl wollen wir unsere Ressourcen vereinen und bündeln. Nicht jede\*r  
426 kämpft für sich allein, sondern wir als Jusos kämpfen gemeinsam für junge Menschen in  
427 Bezirks- und Landtag.

428 Dafür sehen wir einen großen organisatorischen Bedarf und werden deshalb eine  
429 speziell zuständige Person bestimmen oder in den Bezirksvorstand kooptieren.

430 Wir werden im Wahlkampf unsere Juso-Kandidat\*innen tatkräftig unterstützen.

- 431 • Mit unserer Wahlkampftour wollen wir die Power der Jusos Oberbayern und unserer  
432 Unterbezirke in die Landtagsstimmkreise bringen und den lokalen Wahlkampf  
433 unterstützen. Dafür wollen wir auch Konzepte für eigene Veranstaltungen  
434 entwickeln und gemeinsam mit den Unterbezirken durchführen.



435 • Für die beiden Wahlen werden wir Materialien bereitstellen und an die  
436 Unterbezirke verteilen.

437 • Auf Social Media und unseren Websites werden wir unsere Kandidierenden  
438 vorstellen, bewerben und während des Wahlkampfs begleiten.

#### 439 **Inhalte**

440 Wir sind überzeugt, dass nur eine stabil linke SPD eine Chance bei der Landtagswahl  
441 hat und es keinen Sinn ergibt, eine soziale CSU sein zu wollen. Wir werden uns  
442 deshalb innerhalb der SPD für linke Inhalte einsetzen und klare Positionen  
443 einfordern.

444 Wir sind darüber hinaus auch überzeugt, dass Regierungsbeteiligung um jeden Preis  
445 nicht das Ziel dieser Landtagswahl sein darf. Eine Koalition mit der CSU lehnen wir  
446 entschieden ab und auch sonstige Bündnisse müssen immer vor unseren eigenen  
447 Ansprüchen als sozialdemokratische Partei und sozialistischer Verband rechtfertigbar  
448 sein.

#### 449 **Bezirkstagswahl**

450 Wir erachten den Bezirkstag als wichtiges Gremium und sehen unsere Aufgabe als  
451 Bezirksverband auch darin, uns im Wahlkampf für dieses Parlament aktiv einzubringen  
452 und diesen nicht hinter den Landtagswahlkampf zurückfallen zu lassen. Deswegen steht  
453 für uns fest: Die gleichen Anstrengungen, die in den Landtagswahlkampf gelegt werden,  
454 werden wir auch in den Bezirkstagswahlkampf stecken. Unsere Kandidierenden für beide  
455 Gremien werden gleichermaßen unterstützt.

#### 456 **Ausblick**

##### 457 **Nach der Wahl ist vor der Wahl**

458 Während die Vorbereitungen für die Landtags- und Bezirkstagswahl in vollem Gange  
459 sind, werden im nächsten Jahr parallel dazu die Vorbereitungen für die Europawahl  
460 2024 beginnen müssen. Hierzu suchen wir den Austausch mit unseren  
461 Schwesterorganisationen, damit der Wahlkampf nicht mehr nur national geführt wird.  
462 Wir wollen explizit internationale Wahlkampfformate für einen europäischen Wahlkampf  
463 anstoßen.

## Antrag D04: Kein Insider-Handel für Minister\*innen!

Antragsteller/in:	Jusos Freising
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir fordern:

2

- Abgeordnete und Minister\*innen müssen alle Vermögenswerte und Kredite über 100 000€

3

offenlegen

4

- Abgeordnete und Minister\*innen dürfen keine Vermögenswerte über 100 000€ (auch

5

summiert) kaufen und innerhalb einer Haltezeit von 5 Jahren verkaufen.

6

- Es soll ein umfassendes Antikorruptionsgesetz verabschiedet werden, dass es

7

Minister\*innen und Abgeordneten gesetzlich untersagt, exklusive Informationen, die

8

sie nur aus ihrer Tätigkeit haben können, zu verwenden um Gewinne zu erzielen. Dies

9

umfasst Nebentätigkeiten, Honorare und Provisionen.

10 • Unternehmensbeteiligungen besitzen dürfen.

11 • Keine Übertragung an dritte Personen erfolgen darf.

12 • Nach der Amtszeit eine Übergangssperre von fünf Jahren gelten soll.

## Antrag D06: Kultur- und Jugendförderungs politik progressiv und inklusiv in Oberbayern

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
- 2 Ein wichtiger Zuständigkeitsbereich des Bezirks ist die Förderung der Kultur,
- 3 insbesondere kulturelle Projekte und Interessen junger Menschen - und "Heimat", ein
- 4 Begriff, den wir als Jusos ablehnen, da er in der politischen Debatte vor allem als
- 5 rechter Kampfbegriff genutzt wird. Dennoch empfinden wir die Auseinandersetzung mit
- 6 Kultur und Geschichte in Oberbayern und kleinräumig Verwurzelung als Chance,
- 7 Solidarität auf die zugehörige Bezugsgemeinschaft zu bilden.
- 8 Um Oberbayern, seine Kultur und seine Geschichte, für alle erlebbar zu machen,
- 9 besonders für junge Menschen, fordern wir:
- 10 **Selbstbestimmte Kinder- und Jugendarbeit stärken**
- 11 Der Bezirksjugendring Oberbayern und die Kreis- und Stadtjugendringe sind die
- 12 wesentliche Säule, über die parteipolitisch ungebundene Kinder- und Jugendarbeit in
- 13 Oberbayern finanziert wird. Dazu gehört sowohl die offene Kinder- und Jugendarbeit
- 14 als auch die Förderung der Jugendverbände. Der zentrale Gedanke ist dabei immer, dass
- 15 Kinder und Jugendliche so weit wie möglich selbst über Form und Inhalt der Kinder-
- 16 und Jugendarbeit bestimmen und dem Alter angemessen selbst Verantwortung übernehmen.
- 17 Ob Kultur, Sport, Religion, internationale Jugendbegegnung, politische Bildung oder
- 18 Interessenvertretung - die Arbeit der Verbände in den Jugendringen ist vielfältig und
- 19 so vielfältig sind auch die Möglichkeiten, Fördermittel zu beantragen. Dennoch zeigt
- 20 sich in der Ausstattung der Jugendringe in Oberbayern ein deutlicher Unterschied
- 21 zwischen der Stadt München und dem Rest des Bezirks - das geht nur zum Teil darauf
- 22 zurück, dass der Kreisjugendring München-Stadt deutlich umfangreichere Aufgaben im
- 23 Bereich der Kinderbetreuung übernommen hat, denn auch die Fördermöglichkeiten für
- 24 Jugendverbände sind deutlich besser. Wir fordern daher eine deutliche Erhöhung der
- 25 Mittel für den Bezirksjugendring Oberbayern. Diese sollen in den Ausbau der guten
- 26 inklusiven Arbeit, von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in eine
- 27 Erhöhung der Jugendverbandsförderung fließen, der Schwerpunkt sollte dabei auf dem
- 28 ländlichen Raum liegen.
- 29 Neben den konventionellen Formen der Jugendarbeit wollen wir auch die Subkultur
- 30 stärker fördern, denn sie ist der Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche am freisten
- 31 ausleben und ihre Kreativität erfahren können.
- 32 Dazu braucht es mehr Flächen für Graffiti an denen sich Sprayer\*innen ausleben

33 können. Aktuell wird in diesem Bereich mit Strafen und Drohungen gearbeitet, dabei  
34 können Graffiti einen Beitrag zur Gestaltung der Städte leisten. Wir fordern mehr  
35 Graffiti-Flächen und sprechen uns klar gegen das Verbot von Graffiti aus. Kommunen,  
36 Jugendzentren und Jugendgruppen sollten zusammenarbeiten und so entsprechende Flächen  
37 schaffen.

38 Der Kunstbegriff ist deutlich breiter als die Kunst, die in einem Museum ausgestellt  
39 wird. Kunst umfasst alles, was von Künstler\*innen geschaffen wird. Kunstfreiheit ist  
40 ein grundlegendes Recht.

41 Subkulturen sind oft nicht auf den ersten Blick in Städten zu sehen, aber ein umso  
42 wichtigerer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Junge Menschen finden hier oft  
43 ein Beteiligungsformat vor, das sehr niedrigschwellig zugänglich ist und von flachen  
44 Hierarchien geprägt ist. So entstehen Musikgruppen, Kunstgruppen oder auch  
45 politischer Aktivismus auf der Straße.

46 Subkultur beschränkt sich nicht auf einzelne Großstädte, sondern ist Teil einer jeden  
47 Gemeinde und Kommune auch im ländlichen Raum. Um diese kreativen Projekte zu  
48 unterstützen, fordern wir mehr finanzielle Mittel, die durch den Bezirk  
49 bereitgestellt und unbürokratisch vergeben werden.

50 Mehr Geld löst jedoch nur einen Teil des Problems - denn oft genug werden vorhandene  
51 Fördermittel nicht abgerufen, obwohl der Bedarf bei den Verbänden besteht - ein Grund  
52 dafür ist der hohe Arbeitsaufwand, der damit verbunden ist, sich über  
53 Fördermöglichkeiten zu informieren und diese korrekt zu beantragen. Gerade kleinere  
54 Verbände, die nur wenig oder gar keine hauptamtliche Unterstützung haben, stoßen hier  
55 schnell an ihre Grenzen. Allerdings muss auch weiterhin sichergestellt bleiben, dass  
56 mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umgegangen wird und ihre Verwendung  
57 nachvollziehbar bleibt. Aus diesem Grund sind dem Abbau von Bürokratie Grenzen  
58 gesetzt - jedoch müssen die Information über Fördermöglichkeiten und die  
59 Unterstützung der Jugendverbände bei der Beantragung von Fördergeldern deutlich  
60 verbessert und hierfür mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

61 Unser Ziel ist es, dass es in Oberbayern in möglichst allen Kommunen Jugendzentren  
62 mit Räumen, Arbeitsmaterial für Kreative und Beratung für Fördermittel gibt.

63 Es gibt auch viele Gruppen und Initiativen, die keine klassische  
64 Organisationsstruktur als Jugendverband aufweisen und daher nicht in den Jugendringen  
65 vertreten sind/sein können - auch für solche Arbeit müssen durch den Bezirk  
66 Fördermöglichkeiten geschaffen werden.

67 Außerschulische Jugendarbeit ist offen für alle jungen Menschen und konsequent  
68 inklusiv und barrierefrei zu gestalten. Durch die Neugestaltung des Achten  
69 Sozialgesetzbuch im Rahmen des Kinder- und Jugendtsärkungsgesetz "sollen die  
70 Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen  
71 sichergestellt werden kann" (§11 SGB VIII, Aufgaben der Jugendarbeit).

## 72 **Tradition geht auch progressiv und inklusiv**

73 Die Pflege von Kultur und Geschichte wird in Oberbayern bereits auf vielfältige Weise  
74 betrieben und einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Die beiden Freilichtmuseen

75 Glentleiten und Donaumoos bieten ein breites Programm, in Glentleiten auch für  
76 Sehbehinderte. Zu nennen ist auch die Galerie Oberbayern in der Münchner  
77 Prinzregentenstraße, welche seit 2012 unter dem Motto "Kunst inklusive" Werke von  
78 Künstler\*innen mit und ohne Behinderung unter besonderer Berücksichtigung der  
79 Barrierefreiheit ausstellen. Diesen Ansatz der Barrierefreiheit wollen wir weiter  
80 ausbauen. Angebote für Sehbehinderte und Zugänglichkeit ohne Barrieren sollen in  
81 allen Ausstellungen des Bezirks Oberbayern zum Standard werden.

82 Das vielfältige kulturelle Angebot des Bezirks Oberbayern ist weitgehend unbekannt.  
83 Dies soll durch eine groß angelegte Werbekampagne geändert werden. Diese soll sich  
84 insbesondere an junge Menschen richten und auf barrierefreie Angebote hinweisen. Dazu  
85 benötigt es auch Material in einfacher bzw. leichter Sprache. Auch sollen  
86 Lehrer\*innen- und Schüler\*innenmaterialien für den Unterricht und Exkursionen  
87 entwickelt werden.

88 Da sich viele Angebote im ländlichen Raum befinden, um der breiten Kulturlandschaft  
89 Oberbayern Rechnung zu tragen, ist die Erreichbarkeit für Menschen ohne Auto ein  
90 Problem. Auch daher ist eine umfangreiche Tarifreform und ein massiver Ausbau des  
91 ÖPNV im ländlichen Raum dringend notwendig. Spezielle Angebote für die ländlichen  
92 Kulturangebote wie gezielte Kulturtickets oder verbilligte Busservices für  
93 Schulklassen sind zu prüfen. Zugleich soll der dezentrale Ansatz beibehalten und  
94 durch weitere Neugründungen ausgeweitet werden.

95 Das Forum Heimat und Kultur in Benediktbeuern wird ab 2023 generalsaniert. Dies  
96 bietet eine Chance, auch die inhaltliche Ausrichtung neu zu justieren. Von einer  
97 bloßen Präsentation von Originalexponaten, begleitet von ellenlangen Texttafeln, soll  
98 der methodische Zugriff der aktuellen Museumsdidaktik zugewandt werden, möglichst  
99 interaktiv und niedrigschwellig sein und so auch mehr die Zielgruppe der Kinder und  
100 Jugendlichen in den Fokus nehmen.

101 Insgesamt muss der Begriff "Heimat" in den Kulturangeboten des Bezirks einer  
102 kritischen Prüfung unterzogen werden. Die Ambivalenz des Heimatbegriffs soll in der  
103 kulturellen Aktivität des Bezirks zum Tragen kommen. In den historischen Museen und  
104 Ausstellungen des Bezirks sollen alternative und neuere Ansätze der  
105 Geschichtsforschung - wie es bereits teilweise zum Tragen kommt - abdecken, z. B.  
106 Alltagsgeschichte, Frauengeschichte, Migrationsgeschichte etc.. Insbesondere soll die  
107 Geschichte deutscher Geflüchteter und Vertriebenen während des und nach dem Zweiten  
108 Weltkrieg einer neuen Betrachtung unterzogen werden. Allzu oft ist dieser Teil der  
109 Geschichte geprägt von Revisionismus und Nationalismus. Die Geschichte von Flucht und  
110 Vertreibung soll stattdessen grenzüberschreitend, in Zusammenarbeit mit ausländischen  
111 Historiker\*innen und Einrichtungen, im Sinne der Versöhnung und Friedenspädagogik  
112 aufgearbeitet werden. Auch soll das tatsächliche Schicksal der Geflüchteten und  
113 Vertriebenen in Nachkriegsdeutschland dargestellt werden: die vielerorts vorhandene  
114 Ablehnung der alteingesessenen Bevölkerung, die soziale Ausgrenzung und die  
115 schwierige Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft. So soll einer  
116 undifferenzierten Mythenbildung vorgebeugt werden.

117 Im Zuge dessen sollen auch die problematischen Denkmäler und Straßennamen Oberbayerns

118 aufgearbeitet werden. Dabei setzen wir auf den Ansatz des Erklärens statt  
119 verschwinden lassen, d. h. z. B. rassistische Straßennamen werden verändert, aber  
120 mittels einer Hinweistafel auf die ursprüngliche Bezeichnung, deren Herkunft und die  
121 Problematik dessen hinweisen. Auch problematische Denkmäler sollen vor Ort nicht  
122 dadurch verändert werden, dass sie ersatzlos verschwinden, stattdessen muss die  
123 Geschichte des Ortes oder des Denkmals differenziert aufgearbeitet werden. Kommunen  
124 sollen dahingehend aufgefordert werden und Aufarbeitungsprojekte durch Bezirk und  
125 Land gefördert werden. Eine Kooperation mit örtlichen Schulen oder Vereinen soll  
126 angestrebt werden.

127 Die Geschichte Oberbayerns ist geprägt von Vielfalt und kultureller Verständigung.  
128 Das muss sich auch in der Geschichtsvermittlung niederschlagen. Heimatarchive und  
129 andere nicht staatliche oder kommunale Archive haben den Bildungsauftrag auch diese  
130 Seite der Geschichte zu zeigen. Denn Geschichtsvermittlung soll ein differenziertes  
131 und ungeschöntes Bild der Vergangenheit zeigen. Hierfür brauchen Heimatarchive  
132 bessere finanzielle, infrastrukturelle und Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch soll die  
133 Vernetzung zwischen den Archiven verbessert werden, indem gemeinsam mit dem Freistaat  
134 ein digitales Archivportal nach thüringischem Vorbild eingeführt wird, in dem auch  
135 kleinere Archive Bestände verzeichnen und zugänglich machen können.

136 Bei der Förderung von historischen Ausstellungen und Projekten sollen die bevorzugt  
137 werden, welche die Geschichte marginalisierter und diskriminierter Gruppen behandeln:  
138 Frauengeschichte, BIPOC und Muslime in Oberbayern, Migrationsgeschichte. Besonders  
139 förderungswürdig sind auch Ausstellungen mit postkolonialer Perspektive.

140 Eine Neuausrichtung fordern wir auch für das Zentrum für Trachtengewand. Statt  
141 einseitiger Verklärung der Tracht als Ausdruck von Volkstümlichkeit soll auch hier  
142 eine kritische Aufarbeitung und Dekonstruktion stattfinden: Inwieweit sind als Tracht  
143 bezeichnete Kleidungsstücke tatsächlich als Gewand arbeitender Schichten nachweisbar,  
144 inwieweit von der Monarchie verordnet? Hierbei muss auch die Instrumentalisierung der  
145 Tracht aufgearbeitet werden, die erst durch die bayerischen Könige, dann durch die  
146 Nazis vorgenommen wurde. Ein weiterer Aspekt, der hierbei beachtet werden muss, ist  
147 die Erfindung der Trachtentradition durch die Nazis, die sich hierbei bei den  
148 Gebrüdern Wallach, die aus Bielefeld nach München kamen, bedienten. Deren Stoffmuster  
149 und Dirndl waren sehr beliebt und sie gelten als Begründer der Trachtenmode als  
150 gehobener Konfektionsware. 1911 statten sie das Oktoberfest mit Trachten aus. Da die  
151 Familie Wallach eine jüdische Familie war, fiel ihr Betrieb 1938 der Arisierung zum  
152 Opfer. Auch heute noch bedienen sich völkische Gruppen der bayerischen Tracht, auch  
153 solche, die keinen Bezug zu Bayern haben. Beispielsweise lief der neurechte, aus  
154 Mönchengladbach stammende CDU-Politiker Hans-Georg Maßen im Janker durch den  
155 thüringischen Bundestagswahlkampf. Auch diese unrühmliche Rolle der bayerischen  
156 Tracht muss kritisch reflektiert werden.

157 Zu oft wird auch vergessen, dass der ländliche Raum Oberbayerns nicht nur agrarisch-  
158 bäuerlich geprägt war, sondern seit Jahrhunderten auch durch die  
159 Arbeiter\*innenschaft. Orte wie Penzberg stehen für Bergbau und Industrie und damit  
160 auch für die spezielle Erfahrung und Lebensweise dieser Gruppe. Insbesondere waren

- 161 diese proletarischen Regionen auch durch die sozialistische Arbeiter\*innenbewegung  
162 geprägt. Diesen Umständen soll bei der Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte  
163 Oberbayerns durch den Bezirk mehr Rechnung getragen werden.
- 164 Das ZeMuLi (Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik) leistet bereits eine  
165 gute Arbeit bei der Archivierung und Bereitstellung von Noten und Ausstellungen über  
166 Musikkultur. Die seit 1999 bestehende Neuausrichtung auf Populärmusik soll  
167 ausgeweitet werden, um die Arbeit des Zentrums einem jüngeren Publikum zugänglich zu  
168 machen. Dabei soll auch noch mehr die Förderung von Musik- und Band-Projekten junger  
169 Menschen in Oberbayern in den Fokus rücken.
- 170 Auch die Pflege volkstümlicher Musik soll Gruppen in den Blick (und das Gehör)  
171 rücken, die ebenfalls seit Jahrhunderten in Oberbayern verwurzelt sind, jedoch meist  
172 ausgeblendet und vergessen werden. Das ZeMuLi soll insbesondere sich der Musik der  
173 Sinti\*zze und Rom\*nja und jiddischer Musik annehmen und Ausstellungen zu diesen  
174 Gruppen vorbereiten.

## Antrag G01: GESUNDHEIT?

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag  
2 Spätestens durch die Corona Pandemie und den Krieg in der Ukraine wurde uns erneut  
3 vor Augen geführt, dass die Gesundheit der Bevölkerung das höchste Gut, welches wir  
4 als Gesellschaft besitzen. Egal ob physische oder psychische: Ohne eine adäquate  
5 medizinische Versorgung sinkt die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit rapide. Um  
6 diese in Oberbayern zu verbessern, muss der Druck auf die Bundesebene noch erhöht  
7 werden um konkrete und dringende Verbesserungen zu erzielen, dennoch gibt es  
8 auch vielfältige Verbesserungsmöglichkeiten der regionalen medizinischen Versorgung:
- 9 • Oberbayern braucht eine großangelegte Initiative für Patient\*innenverfügungen.  
10 Die Verfügungen sind meist mit Betreuungsverfügungen verbunden, somit wird darin  
11 verankert, welche Vertrauensperson im Ernstfall Angelegenheiten des täglichen  
12 Lebens regeln darf und soll. Die wenigsten Menschen haben sich bereits mit  
13 diesem wichtigen Thema auseinandergesetzt. Eine Patient\*innenverfügung sorgt  
14 dafür, dass der Mensch bis zum Schluss selbstbestimmt bleibt. Doch vielen  
15 Menschen fehlt die Einheitlichkeit der Formulare und die adäquate Aufklärung und  
16 Beratung. Dies muss dringend geändert werden. Das Verfügungsformular muss  
17 vereinheitlicht werden und eine oberbayernweite Kampagne mit  
18 Aufklärungsveranstaltungen und Werbemaßnahmen muss gestartet werden. Die  
19 Kooperation mit allgemeinmedizinischen Praxen, Hausärzt\*innen und medizinischen  
20 Versorgungszentren ist anzustreben.  
21 Neben der Vereinheitlichung soll ein zentrales Register aufgebaut werden, in dem  
22 auf Freiwilligkeit basierend die Verfügungsinhalte abgelegt sind und im  
23 Bedarfsfall durch die Behandelnden abgerufen werden können.
  - 24 • Das Thema Sterben und der Tod muss enttabuisiert werden. Dies sind bedeutsame  
25 Teile des Lebens und Menschen sollten genauso unterstützt werden, ihr Sterben  
26 selbstbestimmt zu gestalten, wie es bei ihrer Lebensgestaltung der Fall ist. Das  
27 Angebot von Palliativstationen und Hospize müssen dringend ausgebaut und  
28 verbessert werden. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Patient\*innen sowie  
29 Angehöriger in den Mittelpunkt gestellt werden. Deutschland hat im Moment das  
30 nationalgeschichtlich liberalste Sterbe-gesetz und wir müssen dieser  
31 Verantwortung nicht nur in Gesetzestexten, sondern auch im Versorgungsausbau  
32 gerecht werden. Hospize sind wichtige Bestandteile der selbstbestimmten  
33 Sterbebegleitung und deren Ausbau und Qualitätssteigerung liegt somit im  
34 Interesse der Gesamtbevölkerung. Denn Selbstbestimmung kann nicht bei der Art



- 35 und des Zeitpunkts des Todes aufhören.
- 36 • Der Bereich der professionellen Versorgung von in Obhut genommenen Kindern und  
37 Jugendlichen muss ausgebaut werden, die Kriterien vor allem im Bereich für eine  
38 Betreuung durch Pflegefamilien müssen vereinheitlicht werden. Insgesamt müssen  
39 dringend die Jugendämter und die gesamte Kinder- und Jugendhilfe-Struktur im  
40 Bezirk gestärkt werden - professionell, finanziell und personell.
- 41 • Konkrete Maßnahmen speziell zur Verbesserung und Stabilisierung der psychischen  
42 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen:
- 43 1. Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema psychische Gesundheit an den  
44 Schulen. Denn wir profitieren gesamtgesellschaftlich, wenn vor allem Kinder und  
45 Jugendliche frühzeitig für ihr seelisches/psychisches Wohlbefinden  
46 sensibilisiert werden und wichtige Werkzeuge zur Erhaltung dieser erlernen. Im  
47 Kontext Schule sollten entsprechende Foren bzw. Unterstützungsnetzwerke  
48 aufgebaut und das Thema psychische Gesundheit prophylaktisch normalisiert und  
49 damit auch enttabuisiert werden. In diesem Kontext kann auch die Prävention von  
50 Mobbing einen Platz im Schulalltag erlangen.
- 51 2. Die ambulanten und stationären Psychotherapie Plätze für Kinder und Jugendliche  
52 müssen ausgebaut werden. Vor allem in frühen Jahren ist es wichtig, schnell  
53 Hilfe zu bekommen, da die Betroffenen in dieser Zeit in einer besonders engen  
54 Wechselbeziehung mit ihren Familienangehörigen stehen und Störungen der  
55 Entwicklung in sensiblen Phasen oft jahrelangen Förderbedarf nach sich ziehen.
- 56 3. Die aktuelle Versorgungslage bzw. -struktur muss dringend von der KVB evaluiert  
57 und verbessert werden. Auch niedrigschwellige Angebote zur Begleitung und  
58 Nachsorge sollten hier mehr Bedeutung erhalten.
- 59 4. Entwicklungsdiagnostikplätze müssen gerade in ländlichen Regionen angeboten und  
60 ausgebaut werden um Wartezeiten auch hier, die in der Folge zu  
61 Wartezeitverlängerungen zur Therapie (z. B. §35a SGB8 HPT) führen, zu verkürzen.
- 62 5. An den kbo-Kliniken sollen Transitionsstationen (Versorgung von 16- bis 25  
63 Jährigen) etabliert werden um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im  
64 Übergang zum Erwachsenenalter zu gewährleisten.
- 65 • Der Krisendienst Bayern muss stärker mit allen Ebenen der Versorgungsstrukturen  
66 besser zusammenarbeiten, besonders die präklinischen Versorgungsstrukturen  
67 Rettungszweckverbände, KVB, Traumaambulanzen, Leitstellen, um Doppelungen in den  
68 Zuständigkeiten zu vermeiden und die Belastungen zu reduzieren sowie eine  
69 zielgerichtete Versorgung frühzeitig sicherzustellen und Wartezeiten zu  
70 verkürzen. Um die Rettungsdienste zu entlasten und frühzeitig niedrigschwellige  
71 psychiatrische Angebote zu machen, sollen mobile Einsatzstruktur im Krisendienst  
72 ausgebaut werden.
- 73 • Kommunen müssen in die psychiatrische Versorgung eingebunden werden. Diese  
74 sollen in ambulanten Angeboten wie Ambulanzen und mit dem Ausbau von

- 75 psychiatrischen Behandlungskapazitäten in kommunalen KHs an der Versorgung  
76 beteiligt werden. Hierbei muss finanziell vom Bund unterstützt werden. Die  
77 Versorgung darf nicht von regional wirtschaftlichen Schwankungen abhängig sein.
- 78 • Zur Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten (STDs) brauchen wir ein  
79 niedrigschwelliges, anonymes, flächendeckendes und kostenloses Angebot für Tests  
80 auf Geschlechtskrankheiten. Dieses Angebot sollte begleitet werden von  
81 sexpositiven Aufklärungskampagnen, die eine Entstigmatisierung und Prävention  
82 zum Ziel haben. Daher sollte auch auf den kostenlosen, niedrigschwelligen,  
83 anonymen und möglichst flächendeckenden Zugang hingewiesen werden. Die  
84 Aufklärungskampagnen sollen sowohl in Schulen, Jugendzentren und anderen  
85 Bildungs- sowie Jugendeinrichtungen von qualifiziertem Personal durchgeführt  
86 werden, als auch durch mediale Aufklärungskampagnen in Print und Digital  
87 durchgeführt werden. Die Präventionsmaßnahmen sind auch in Ausnahmeständen  
88 ähnlich der COVID-19 Pandemie aufrechtzuerhalten. In der Vergangenheit hat sich  
89 gezeigt, dass Testungs- und Präventionsangebote aufgrund der Pandemie nicht  
90 stattgefunden haben. Dies darf sich nicht wiederholen.
  - 91 • Tagessatzverhandlungen mit dem Bezirk müssen effektiver und produktiver  
92 gestaltet werden. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes werden Prozesse und  
93 Verhandlungen immer aufgeblähter. Das erschwert vielen Einrichtungen die  
94 tägliche Arbeit und Liquiditätssituation!
  - 95 • Angebote der Behindertenarbeit sollen nicht nur auf Nachfrage der Einrichtungen,  
96 sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen.

## Antrag G02: Drogenpolitik neu denken

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
- 2 In den letzten 10 Jahren starben jährlich zwischen Tausend und Zweitausend Menschen
- 3 an den direkten Folgen ihres Drogenkonsums und die Tendenz steigt gerade unter jungen
- 4 Menschen stark. Diesen Trend können wir mit den bisherigen Maßnahmen, die
- 5 Repressionen und Bestrafung vorsehen, nicht stoppen. Gerade Bayerns Justizapparat
- 6 fährt einen "law and order"-Kurs gegen Drogenabhängige. Dabei werden weder Erfolge im
- 7 Kampf gegen die Abhängigkeit erzielt, noch Werte wie Humanität oder Solidarität
- 8 gewahrt. Bayern steht im Bundesdeutschen Vergleich extrem schlecht da. Wir wollen
- 9 eine Neuausrichtung der Drogenpolitik erreichen, in Oberbayern, Bayern und dem Bund.

### 10 Prävention und Aufklärung durch den Bezirk ausbauen

- 11 Die jahrelange Taktik durch Drohszenarien und Druck Prävention zu betreiben, ist
- 12 spätestens nach den neuesten Statistiken zu jungen Konsument\*innen gescheitert und
- 13 muss somit umgedacht werden.
- 14 Wir fordern den Fokus der Drogenprävention auf die Schulsozialarbeit zu legen, die
- 15 Aufgabenübertragung auf die kommunale Sozialarbeit lehnen wir ab. Die Schulen sind
- 16 feste Bestandteile im Alltag der Jugendlichen und somit ist die Möglichkeit
- 17 verbindliche Präventionsangebote hier zu verankern einleuchtender und effektiver, als
- 18 z. B. in Jugendzentren, wo sich die Jugendlichen freiwillig aufhalten.
- 19 So muss auch eine sinnvolle pädagogische Lösung gefunden werden, wenn die
- 20 Zubetreuenden schon eine (eher harmlose) Abhängigkeit wie Tabak, Alkohol oder
- 21 Cannabis entwickelt haben. Die Prävention darf hierbei nicht aus Verteufelung
- 22 bestehen, sondern soll sich auf den vernünftigen Konsum ausrichten.
- 23 Zudem können Kooperationen mit Suchtberatungsstellen gebildet werden und gemeinsame
- 24 Projekte z. B. auch an Schulen durchgeführt werden. Hierbei könnten frühere Abhängige
- 25 über ihre Erfahrungen berichten und durch ein ehrliches Gespräch auf Augenhöhe einen
- 26 wichtigen Präventionsbeitrag leisten. Die Kooperationen mit Suchtberatungsstellen
- 27 sollten durch den Bezirk Oberbayern finanziell gefördert werden.
- 28 Die Hilfsangebote müssen niedrigschwellig sein und nach Wunsch auch anonym erfolgen,
- 29 um so die Angst vor zukünftiger Benachteiligung, Stigmatisierung oder gar Belangung
- 30 abzubauen.
- 31 Zudem wollen wir aufsuchende Beratung und Streetwork in Stadt und Land ausbauen, die
- 32 ebenso niedrigschwellig erreichbar und beratend tätig sein und Obdachlosigkeit

33 entgegenwirken soll.

34 Die Hilfsangebote müssen niedrigschwellig sein und nach Wunsch auch anonym erfolgen,  
35 um so die Angst vor zukünftiger Benachteiligung, Stigmatisierung oder gar Belangung  
36 abzubauen.

## 37 **Drogenpolitik komplett neu denken**

38 Zur konsequenten Umsetzung muss deshalb der Konsum und der Besitz geringer Mengen  
39 jeglicher Drogen durch eine Novelle des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), ähnlich dem  
40 portugiesischen Modell, entkriminalisiert werden. Statt eines Straftatbestands (nach  
41 StGB) wollen wir die Überführung in eine Ordnungswidrigkeit (nach OwiG) erreichen.  
42 Der Drogenhandel und Besitz großer Mengen soll weiter strafrechtlich verfolgt und  
43 strikt unterbunden werden.

44 Zur konsequenten Umsetzung muss deshalb der Konsum jeglicher Drogen durch eine  
45 Novelle des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), ähnlich dem portugiesischen Modell,  
46 entkriminalisiert werden. Statt eines Straftatbestands (nach StGB) wollen wir die  
47 Überführung in eine Ordnungswidrigkeit (nach OwiG) erreichen. Der Drogenhandel soll  
48 weiter strafrechtlich verfolgt und strikt unterbunden werden.

49 Die Beratungsstellen sollen mit Unterstützung der Kliniken des Bezirks (kbo)  
50 aufgebaut werden, die bereits jetzt Suchtkranke behandeln. Es soll eine Struktur aus-  
51 und aufgebaut werden, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst ist.

52 Die Beratungsstellen sollen durch die Kliniken des Bezirks (kbo) aufgebaut werden,  
53 die bereits jetzt Suchtkranke behandeln. Es soll eine Struktur aus- und aufgebaut  
54 werden, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst ist.

55 Aufgegriffenen Personen sollen ihre Drogen abgenommen werden, anstatt sie damit aber  
56 nur zu weiterem Kauf und damit die meist bereits wirtschaftlich angeschlagene  
57 Personen in weitere finanzielle Notlagen zu treiben, sollen Angebote zur Substitution  
58 in den Beratungsstellen aufgebaut werden und in Extremfällen auch die ärztlich  
59 überwachte Abgabe von reinem Heroin geprüft werden. Ebenso sollen Möglichkeiten zum  
60 besseren Konsum bereitgestellt und z. B. sterile Spritzen kostenlos verteilt werden.

61 Die beste Lösung wäre die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, was der Freistaat  
62 Bayern aktuell allerdings verhindert (siehe unten).

63 Aufgegriffenen Personen sollen ihre Drogen abgenommen werden, anstatt sie damit aber  
64 nur zu weiterem Kauf und damit die meist bereits wirtschaftlich angeschlagene  
65 Personen in weitere finanzielle Notlagen zu treiben, sollen Angebote zur Substitution  
66 in den Beratungsstellen aufgebaut werden. Ebenso sollen Möglichkeiten zum besseren  
67 Konsum bereitgestellt und z. B. sterile Spritzen kostenlos verteilt werden. Die beste  
68 Lösung wäre die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, was der Freistaat Bayern aktuell  
69 allerdings verhindert (siehe unten).

70 Schon vor der Änderung der bundespolitischen Ausrichtung der Drogenpolitik muss der  
71 Freistaat Bayern vorgehen und verantwortungsvollere Drogenpolitik umsetzen. Aktuell  
72 treibt Bayern Suchtkranke von besser abzuschätzenden Drogen wie Kokain und Heroin zu  
73 z. B. Fentanyl, das kaum zu dosieren und nicht zu kontrollieren ist. Die repressive

74 Haltung treibt die Konsument\*innen darüber hinaus zum Konsumieren ins Private oder an  
75 verborgenste Orte, wo bei verabreichter Überdosis keine Hilfe geleistet werden kann.  
76 Dazu gehört als erster Schritt, die harte und meist rassistisch-klassistisch  
77 motivierte Verfolgung durch die bayerische Polizei zu beenden, keine Haftstrafen oder  
78 Bußgelder für geringe Eigenkonsum-Mengen zu verhängen und Süchtigen bessere  
79 Unterstützung beim Entzug zu gewähren. Wir fordern daher: Haftstrafen und Bußgelder  
80 müssen fallen gelassen werden, wenn die Konsument\*innen stattdessen zustimmen, ein  
81 Beratungsangebot wahrzunehmen. Das Beratungsangebot soll schnellstmöglich mit  
82 Unterstützung der kbo-Kliniken aufgebaut werden und Langzeitbetreuung und  
83 Substitutionsmöglichkeiten aus- und aufgebaut werden. Die konsequente Weiterführung  
84 dieser Forderungen ist die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.  
85 Schon vorher sollen Streetworker\*innen Süchtige mit beispielweise sauberen Spritzen  
86 versorgen und Ratschläge zu möglichst sicherem Konsum anbieten.  
87 Dazu gehört als erster Schritt, die harte und meist rassistisch-klassistisch  
88 motivierte Verfolgung durch die bayerische Polizei zu beenden, keine Haftstrafen oder  
89 Bußgelder für geringe Eigenkonsum-Mengen zu verhängen und Süchtigen bessere  
90 Unterstützung beim Entzug zu gewähren. Wir fordern daher: Haftstrafen und Bußgelder  
91 müssen fallen gelassen werden, wenn die Konsument\*innen stattdessen zustimmen, ein  
92 Beratungsangebot wahrzunehmen. Das Beratungsangebot soll schnellstmöglich über die  
93 kbo-Kliniken aufgebaut werden und Langzeitbetreuung und Substitutionsmöglichkeiten  
94 aus- und aufgebaut werden. Die konsequente Weiterführung dieser Forderungen ist die  
95 Einrichtung von Drogenkonsumräumen.  
96 Des Weiteren muss die Praxis des kalten Entzugs in bayrischen Gefängnissen sofort  
97 beendet und durch eine humane, medizinisch-professionelle Praxis ersetzt werden.

## 98 **Drogenkonsumräume auch in Bayern**

99 Die Einrichtung von Konsumräumen, wie es sie in einigen Bundesländern bereits gibt,  
100 ist eine logische Konsequenz aus diesen Überlegungen. Deshalb setzen wir uns dafür  
101 ein, dass auf Landesebene diese Räume, in denen der Konsum von Suchtmitteln unter  
102 ärztlicher Aufsicht begleitet und ermöglicht wird, durch eine Verordnung möglich  
103 gemacht werden.  
104 Konsumräume können nachweislich dazu beitragen, die Zahl der Tode durch Überdosis zu  
105 reduzieren, da fachkundiges Personal den Konsum überwacht und Beratung anbieten kann.  
106 Darüber hinaus können diese ebenso dazu beitragen, die Reinheit der konsumierten  
107 Drogen zu verbessern, indem eine Analyse des mitgebrachten Stoffs vollzogen wird.  
108 Ebenso wird ein Beitrag zur Verhinderung von Krankheitsübertragungen durch  
109 hygienischere Umstände geleistet.  
110 Konsumräume sind ein niedrighschwelliges Angebot für Suchtkranke, die ihnen einen  
111 sicheren Konsum ermöglichen und sie darüber hinaus nicht nur in Kontakt mit  
112 Ärzt\*innen, sondern auch mit Beratungsstellen bringen kann. Daher müssen Konsumräume  
113 nicht nur an zentralen, leicht erreichbaren Orten errichtet werden, sondern auch eine  
114 Nähe zu Beratungsstellen aufweisen.

115 Substitutionsbehandlungen, also die Behandlung opiatabhängiger Patienten mit  
116 Ersatzstoffen, sind in Bayern grundsätzlich möglich. Ziel dieser Therapie ist eine  
117 gesundheitliche, psychische und soziale Stabilisierung Suchtkranker. Das Angebot  
118 lässt in Bayern jedoch mehr als zu wünschen übrig, in vielen Regionen gibt es nach  
119 wie vor kein Angebot zur Substitutionstherapie.

120 Aus diesem Grund fordern wir einen forcierten Ausbau dieses Therapieangebots und auch  
121 einen vermehrten Einsatz dieser Methode, sofern sie medizinisch geboten erscheint.  
122 Ärzt\*innen, die Substitutionstherapie anbieten, benötigen darüber hinaus die  
123 rechtliche Sicherheit und eine Unterstützung bei der notwendigen Zusammenarbeit mit  
124 Therapeut\*innen, Sozialpädagog\*innen und Psycholog\*innen.

125 Nach einer landesweiten Umsetzung dieser Punkte setzen wir uns besonders dafür ein,  
126 dass die Kliniken des Bezirks (kbo) Substitutionsbehandlungen vermehrt forcieren.  
127 Darüber hinaus sollen mit Unterstützung der kbo-Kliniken Konsumräume errichtet werden  
128 und ein Monitoring betrieben werden, um sowohl die medizinische Versorgung als auch  
129 die Nähe zu Beratungsstellen zu garantieren.

## 130 **Entkriminalisierung**

131 Wir wollen bei der Entkriminalisierungsdebatte zwischen Cannabis und anderen Drogen,  
132 wie Kokain, Heroin oder synthetische Drogen, die bereits nach kurzer Zeit ein hohes  
133 Sucht- und Gefährdungspotential aufweisen, schon bei einmaligem Konsum stark  
134 schädigende Wirkung entfalten, extreme Rauschzustände verursachen und schwer zu  
135 dosieren sind, unterscheiden.

136 Cannabis soll nicht nur entkriminalisiert werden, sondern wie die bereits jetzt  
137 legalen Drogen Alkohol und Tabak legal erworben, angebaut und konsumiert werden  
138 dürfen, also vollumfassend legalisiert werden.

139 Wir wollen bei der Entkriminalisierungsdebatte zwischen Cannabis und harten Drogen  
140 unterscheiden, da Kokain, Heroin oder synthetische Drogen bereits nach kurzer Zeit  
141 ein hohes Sucht- und Gefährdungspotential aufweisen. Cannabis soll nicht nur  
142 entkriminalisiert werden, sondern wie die bereits jetzt legalen Drogen Alkohol und  
143 Tabak legal erworben, angebaut und konsumiert werden dürfen, also vollumfassend  
144 legalisiert werden.

145 Kriminelle Handelsnetzwerke können so zerschlagen werden, die Qualität kann durch  
146 staatliche Stellen geprüft werden. Verkauf kann außerdem über staatlich überwachte  
147 Stellen erfolgen, so dass der Jugendschutz gewährleistet werden kann. Social Clubs  
148 sowie den Anbau und Verkauf durch öffentliche Stellen unterstützen wir dabei.

149 Sollte eine Legalisierung nicht möglich sein, fordern wir eine umfassende  
150 Entkriminalisierung, sodass der Besitz kleiner Mengen und Eigenkonsum nicht mehr  
151 verfolgt werden.

152 Dazu muss der Begriff "geringe Menge", der nach BtMG nicht verfolgt werden soll, klar  
153 definiert und auf 10 Gramm festgelegt werden. Zudem fordern wir, dass das bayerische  
154 Justizministerium durch eine Weisung Strafverfahren gegen Konsument\*innen oder  
155 Besitzer\*innen geringer Mengen Cannabis untersagt.

## Antrag G03: Echte Hilfe für Suchtkranke – verantwortungsvolle Drogenpolitik in Bayern jetzt!

Antragsteller/in:	Jusos Ingolstadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In Deutschland gibt es 27 Konsumräume in 17 Städten. Keiner dieser Konsumräume steht  
2 in Bayern. Konsumräume ermöglichen es Menschen, ihre mitgebrachten Drogen unter  
3 medizinischer Aufsicht zu konsumieren. Sie helfen nachweislich dabei, die Zahl der  
4 Drogentoten zu reduzieren und können ein erster Zugang zur Inanspruchnahme von  
5 Hilfeleistungen sein. Darüber hinaus gibt es in Bayern Substitutionsbehandlungen, die  
6 allerdings zu wenig forciert werden.
- 7 Daher fordern wir:
- 8 • Durch eine bayerische Landesverordnung soll die Möglichkeit geschaffen werden,  
9 in Städten und Kommunen Konsumräume zu errichten. Die Verhinderungspolitik der  
10 Landesregierung, die den Versuch eines Konsumraums in München gestoppt hat, muss  
11 ein Ende haben!
  - 12 Stattdessen müssen Land und Bezirk dafür Sorge tragen, das eine  
13 ausreichende Zahl an Konsumräumen vorhanden ist.
  - 14 • In diesen Konsumräumen muss medizinisches und entsprechend geschultes  
15 Fachpersonal sein. Darüber hinaus sollten in der Nähe der Räume niederschwellige  
16 Suchtberatungsstellen und weitere Anlaufstellen für Betroffenen zugänglich sein.
  - 17 • Die Lage von Konsumräumen muss an einem zentralen, leicht auch mit öffentlichen  
18 Verkehrsmitteln zugänglichen Ort sein, um das niederschwellige Angebot zu  
19 gewährleisten.
  - 20 • Die Substitutionsangebote in Bayern müssen ausgebaut und Ärzt\*innen die  
21 notwendige Rechtssicherheit gewährleistet werden. Beim Ausbau der Angebote muss  
22 vor allem auch auf eine wohnortnahe Versorgung sowie entsprechende  
23 Beratungsstellen geachtet werden.
  - 24 • Besonderes Augenmerk muss dabei auf die Substitutionsbehandlung in Haftanstalten  
25 gelegt werden. Wir fordern die bayerischen Justizvollzugsanstalten auf, die  
26 entsprechenden Richtlinien der Bundesärztekammer zu befolgen und hohe Hürden bei  
27 der Anwendung von medizinischen Substitutionsbehandlungen in Haftanstalten  
abzubauen!

## Antrag LAT01: Aufbruch beginnt in Oberbayern: Ein rotes Bezirkstagswahlprogramm 2023

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	LAT - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
- 2 Im Jahr 2023 findet neben der Landtagswahl auch die Bezirkstagswahl statt. Es ist
- 3 unser Ziel, den Bezirk als wichtiges Gremium zu stärken und progressiv zu gestalten.
- 4 Der Bezirkstag nimmt wichtige Aufgaben, wie den Betrieb der psychiatrischen Kliniken
- 5 des Bezirks, Inklusion, Unterhalt von Pflegestützpunkten, die Verwaltung der
- 6 landkreisübergreifenden Landschaftsschutzgebiete und Förderung von Kultur und
- 7 Heimatpflege wahr.
- 8 Auch wenn diese Bereiche vielleicht nicht auf den ersten Blick so wichtig erscheinen,
- 9 wie Kompetenzen in Arbeitsrichtlinien, Wohnungsbau oder Mobilität, so lässt sich auch
- 10 durch Maßnahmen in den Zuständigkeiten des Bezirks viel verändern und ein Beitrag zur
- 11 Errichtung einer solidarischen Gesellschaft erreichen.
- 12 Gleichstellungspolitik ist für uns als feministischer Richtungsverband elementarer
- 13 Bestandteil unserer politischen Arbeit und muss für uns auf allen politischen Ebenen
- 14 betrieben werden.
- 15 Aufbruch beginnt in Oberbayern. Wir wollen, dass der Bezirk Oberbayern als
- 16 fortschrittliche Kraft voranschreitet. Leitlinien für unser Bezirkstagswahlprogramm
- 17 sind Solidarität, Chancengerechtigkeit und Klimaschutz. Wir wollen inmitten von
- 18 Bergen und Seen, der pulsierenden Metropolregion München und den wichtigen
- 19 Industriestandorten eine Lebensrealität erreichen, in der alle Menschen eine
- 20 lebenswerte Zukunft haben.
- 21 Damit das nicht zu sehr nach Klischees und Landschaftsaufnahmen klingt, anders
- 22 gesagt: Wir wollen Aufbruch und frische Ideen, neue Konzepte und keine Angst, auch
- 23 kontroverse Maßnahmen zu fordern, um das Richtige zu erreichen.
- 24 Wir brauchen progressive Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen:

### 25 **Soziales**

- 26 Auch wenn die Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu großen Teilen vom Bund und in Teilen
- 27 von den Ländern und Kommunen gestaltet wird, hat auch der Bezirk Möglichkeiten,
- 28 Einfluss in diesen Bereichen zu nehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
- 29 Finanzmittel, über deren Verteilung der Bezirk Oberbayern entscheiden kann, gute
- 30 Arbeit fördern und Arbeitsbedingungen verbessern.
- 31 Dabei ist die Lage gerade für junge Menschen in Ausbildung schwierig, gerade aufgrund



32 der hohen Lebenshaltungskosten im Bezirk Oberbayern. Wir wollen, dass der Bezirk  
33 junge Menschen entlastet, beispielsweise durch die Förderung von Azubi-Wohnheimen. Wo  
34 immer der Bezirk außerdem die Entlohnung von Auszubildenden (mit)bestimmt, soll er  
35 eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung durchsetzen.

36 Die stark steigenden Lebenshaltungskosten treffen allerdings alle Menschen.  
37 Gewerkschaftliche Organisation gibt dabei den arbeitenden Menschen die Möglichkeit,  
38 selbst Lohnsteigerungen durchzusetzen und stärkt die Demokratisierung von  
39 unternehmerischen Entscheidungen. Wir fordern deshalb, dass der Bezirk  
40 gewerkschaftliches Engagement fördert und zum Beispiel Aufträge, soweit möglich, nur  
41 an Unternehmen vergibt, die tarifvertraglich gebundene Löhne zahlen.

42 Der Bezirk soll gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen den ländlichen Regionen und  
43 der Metropolregion München unterstützen und so Chancengerechtigkeit erreichen.

44 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 45 • die Finanzierung von Azubi-Wohnheimen
- 46 • eine höhere Ausbildungsvergütung in Bezirksunternehmen
- 47 • die Vergabe von Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen
- 48 • Förderung der Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land

## 49 **Inklusion**

50 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft  
51 gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale,  
52 infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion  
53 zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten, sowie alle anderen  
54 öffentlichen Einrichtungen und der öffentliche Raum müssen barrierefrei werden. Dabei  
55 müssen neben den Einschränkungen für junge Menschen mit körperlicher Behinderung die  
56 öffentlichen Räume auch hinsichtlich ihrer Barrieren für junge Menschen mit  
57 geistiger, Seh- und Hörbehinderung überprüft werden.

58 Doch nicht nur im öffentlichen Raum, auch in der Arbeit, dem Bildungssystem, beim  
59 Kulturangebot, beim Wohnen, im Gesundheitswesen, im politischen Leben und in der  
60 Freizeit herrschen Barrieren vor. Inklusion ist als Querschnittsthema zu betrachten,  
61 um allen jungen Menschen eine freie, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen  
62 Leben zu ermöglichen, unabhängig von körperlichen, geistigen und seelischen  
63 Beeinträchtigungen

64 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 65 • die Förderung von besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen oder  
66 psychischen Beeinträchtigungen
- 67 • Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen besser und mehr geschult  
68 werden
- 69 • Menschen mit Behinderung, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, müssen einen  
gerechten Mindestlohn erhalten

- 70 • Barrieren im öffentlichen Raum und allen Bereichen des täglichen Lebens müssen  
71 abgebaut werden

72

## 73 **Gesundheit**

74 Spätestens durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine wurde uns erneut  
75 vor Augen geführt, dass die Gesundheit der Bevölkerung das höchste Gut ist, welches  
76 wir als Gesellschaft besitzen. Egal ob physische oder psychische: Ohne eine adäquate  
77 medizinische Versorgung sinkt die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit rapide. Um  
78 diese in Oberbayern zu verbessern, muss der Druck auf die Bundesebene noch erhöht  
79 werden, um konkrete und dringende Verbesserungen zu erzielen. Hierbei sollte das  
80 Augenmerk auch auf der Nachsorge liegen.

### 81 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 82 • Entwicklungsdiagnostikplätze müssen gerade in ländlichen Regionen angeboten und  
83 ausgebaut werden um Wartezeiten auch hier, die in der Folge zu  
84 Wartezeitverlängerungen zur Therapie (z. B. §35a SGB8 HPT) führen, zu verkürzen.
- 85 • Oberbayern braucht eine großangelegte Initiative für Patient\*innenverfügungen,  
86 denn das Patient\*innenverfügung muss vereinheitlicht werden und eine  
87 oberbayernweite Kampagne mit Aufklärungsveranstaltungen und Werbemaßnahmen muss  
88 gestartet werden. Die Kooperation mit allgemeinmedizinischen Praxen,  
89 Hausärzt\*innen und medizinischen Versorgungszentren ist anzustreben.
- 90 • Ein zentrales Patient\*innenverfügungsregister soll aufgebaut werden, in dem auf  
91 Freiwilligkeit basierend die Verfügungsinhalte abgelegt sind und im Bedarfsfall  
92 durch die Behandelnden abgerufen werden können.
- 93 • Das Angebot von Palliativstationen und Hospizen muss dringend ausgebaut und  
94 verbessert werden. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Patient\*innen sowie  
95 Angehöriger in den Mittelpunkt gestellt werden.
- 96 • Die Kriterien für die Betreuung durch Pflegefamilien sollen vereinheitlicht  
97 werden.
- 98 • Tagessatzverhandlungen mit dem Bezirk müssen effektiver und produktiver  
99 gestaltet werden. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes werden Prozesse und  
100 Verhandlungen immer aufgeblähter. Das erschwert vielen Einrichtungen die  
101 tägliche Arbeit und Liquiditätssituation!
- 102 • Angebote der Behindertenarbeit soll nicht nur auf Nachfrage der Einrichtungen  
103 sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen.

## 104 **Psychische Gesundheit**

105 In den letzten Jahren stiegen die Zahlen von psychischen Erkrankungen rapide. Die

106 Enttabuisierung dieser Thematik muss endlich erfolgen und der Bezirk muss der  
107 Entwicklung und seiner Verantwortung gerecht werden.

108 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 109 • ~~Die Implementierung und Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema~~  
110 ~~psychische Gesundheit an den Schulen.~~
- 111 • ~~Die Implementierung und Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema psychische~~  
112 ~~Gesundheit an den Schulen in Zusammenarbeit mit dem Freistaat.~~
- 113 • ~~Wir fordern einen besseren Personalschlüssel für die Kliniken des Bezirkes~~  
114 ~~Oberbayern.~~
- 115 • ~~Wir fordern eine stärkere finanzielle Förderung der Kliniken des Bezirkes~~  
116 ~~Oberbayern.~~
- 117 • ~~Die ambulanten und stationären Psychotherapie-Plätze für Kinder und Jugendliche~~  
118 ~~müssen ausgebaut werden. Die aktuelle Versorgungslage bzw. -struktur muss~~  
119 ~~dringend von der KVB evaluiert und verbessert werden.~~
- 120 • ~~Die niedrigschwellige Angebote zur Begleitung und Vernetzung der betroffenen~~  
121 ~~Kinder und Jugendlichen wie z. B. Vernetzungsgruppen.~~
- 122 • ~~An den kbo-Kliniken sollen Transitionsstationen (Versorgung von 16- bis 25-~~  
123 ~~jährigen) etabliert werden um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im~~  
124 ~~Übergang zum Erwachsenenalter zu gewährleisten.~~
- 125 • ~~Der Krisendienst Bayern muss mit allen Ebenen der Versorgungsstrukturen besser~~  
126 ~~zusammenarbeiten, besonders die präklinischen Versorgungsstrukturen~~  
127 ~~Rettungszweckverbände, KVB, Traumaambulanzen und Leitstellen, um Doppelungen in~~  
128 ~~den Zuständigkeiten zu vermeiden und die Belastungen zu reduzieren sowie eine~~  
129 ~~zielgerichtete Versorgung frühzeitig sicherzustellen und Wartezeiten zu~~  
130 ~~verkürzen.~~
- 131 • ~~Um die Rettungsdienste zu entlasten und frühzeitig niedrigschwellige~~  
132 ~~psychiatrische Angebote zu machen, soll die mobile Einsatzstruktur im~~  
133 ~~Krisendienst ausgebaut werden.~~
- 134 • ~~Kommunen müssen in die psychiatrische Versorgung eingebunden werden. Dabei~~  
135 ~~fordern wir finanzielle Unterstützung durch den Bund.~~
- 136 • ~~Ein niedrigschwelliges, anonymes, flächendeckendes und kostenloses Angebot für~~  
137 ~~Tests auf Geschlechtskrankheiten soll bereitgestellt werden. Dieses Angebot muss~~  
138 ~~von Aufklärungskampagnen begleitet werden und die eine Entstigmatisierung und~~  
139 ~~Prävention zum Ziel haben.~~

## 140 **Drogensucherkrankung**

141 Als Jusos fordern wir bereits länger die Legalisierung von Cannabis und eine gänzlich

142 andere Drogenpolitik, die Sucht als Krankheit statt als Straftat anerkennt. Die  
143 Kriminalisierungspolitik der vergangenen Jahre hat nicht zu einem  
144 verantwortungsvollen Umgang mit Drogen geführt, sondern viel Leid verursacht. Wir  
145 wollen deshalb dafür sorgen, dass Konsument\*innen von Drogen psychologische und  
146 medizinische Hilfe statt Geld- und Haftstrafen bekommen. Aufgrund seiner  
147 Verantwortung für die Suchtprävention spielt der Bezirk hier eine Rolle.  
148 Der Bezirk soll eine zentrale Rolle in der Suchtberatung übernehmen.  
149 Drogenkonsumräume sind hierbei eine wichtige Lösung: Hier erhalten abhängige Menschen  
150 beispielsweise sterile Spritzen, im Fall einer Überdosis kann außerdem eine Aufsicht  
151 eingreifen. Der Bezirk soll deshalb Drogenkonsumräume an den kbo-Kliniken einrichten  
152 und die Errichtung von Konsumräumen sowie die Ausgabe von beispielsweise sterilen  
153 Spritzen finanziell unterstützen. Substitution soll ebenfalls mehr unterstützt  
154 werden. Frühzeitige Beratungsangebote sollen ausgebaut werden und auf einen  
155 verantwortungsvollen Umgang und weniger auf Strafandrohung und Abschreckung gesetzt  
156 werden.

157 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 158 • der Bezirk Oberbayern soll die Beratungs- und Behandlungsangebote für  
159 suchtkranke Menschen ausbauen und abhängigen Menschen jederzeit die Möglichkeit  
160 geben, einen Weg aus der Sucht zu finden
- 161 • mehr Suchtprävention, die mehr auf verantwortungsvollen Konsum als auf reine  
162 Abschreckung abzielen
- 163 • den Ausbau von Beratung und Behandlung für suchtkranke Menschen
- 164 • Einsatz für Konsumräume in den kbo-Kliniken für einen gefahrenreduzierten Konsum

165 **Bildung**

166 **Politische Bildung in Oberbayern**

167 Politische Jugendbildung wird in Oberbayern vor allem vom Bezirksjugendring (BJR) und  
168 den Jugendbildungsstätten übernommen. Darunter fallen die **Jugendbildungsstätte**  
169 **Königsdorf** im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, **Burg Schwaneck** in Pullach (Lkr.  
170 München) und das **Aktionszentrum Benediktbeuern** (Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen), die  
171 bereits ein umfassendes Angebot anbieten. Um deren Arbeit sicherzustellen, benötigen  
172 Sie eine bessere finanzielle Ausstattung. Auch muss es noch einfacher und  
173 niedrigschwelliger werden, Mittel des BJR abzurufen.

174 Die wichtige politische Arbeit des Bezirks Oberbayern, die auch durch dieses  
175 Wahlprogramm belegt wird, ist der Öffentlichkeit, insbesondere jungen Menschen,  
176 weitgehend unbekannt. Das kann geändert werden durch ein Planspiel Bezirkstag,  
177 welches die Arbeit dieses Gremiums, seine Themenbereiche und wie diese das tägliche  
178 Leben berühren, praktisch vermitteln soll. Dieses Planspiel soll im Rahmen des  
179 Sozialkunde- bzw. Politik-und-Gesellschaft-Unterrichts angesiedelt sein und von der  
180 Landeszentrale für politische Bildung für die bayerischen Bezirke entwickelt werden.

181 **Für ein rotes Oberbayern fordern wir:**

- 182 • bessere finanzielle Ausstattung der Fachstelle Diversität und politische Bildung
- 183 • bessere finanzielle Ausstattung für den BJR und die Jugendbildungsstätten
- 184 • Forderung an die Landeszentrale für politische Bildung: Erstellung eines
- 185 Planspiels Bezirkstag, um die politische Arbeit dieses Gremiums bekannter zu
- 186 machen; Teil des Sozialkunde- bzw. PuG-Unterrichts

## 187 **Sport**

188 Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe,  
189 Herkunft oder Sexualität. Sport ist wichtig, vor allem für Kinder und Jugendliche.  
190 Vereine entscheiden, welche Sportarten sie anbieten können und sind dabei nicht nur  
191 auf die Mitgliedsbeiträge, sondern oft auch auf kommunale Sportanlagen angewiesen, um  
192 die Trainingseinheiten durchzuführen. Sport steht für Teilhabe und Vielfalt über  
193 sprachliche Barrieren hinweg. Gerade Kinder lernen hier viele Kompetenzen wie Team-  
194 Zusammenhalt, Respekt, koordinative Fähigkeiten und auch das Verlieren. Deshalb ist  
195 es unser Anspruch, den Breitensport in Oberbayern weiter zu fördern.

196 Wir setzen uns für eine Kooperation zwischen Vereinen und Schulen ein, um die  
197 Jugendarbeit zu stärken. Wir treiben Inklusion voran, um allen soziale Teilhabe zu  
198 ermöglichen. Unser Sport ist offen für alle Menschen. Wir verurteilen jede Form der  
199 Diskriminierung und sexualisierter Gewalt, die in Sportvereinen stattfindet und  
200 schaffen Anlaufstellen in den Kommunen und Bezirken. Dabei stehen wir klar an der  
201 Seite der Betroffenen.

202 Diskriminierungsfreier Sport bedeutet auch, dass Menschen mit körperlichen  
203 Beeinträchtigungen genauso gefördert werden sollen. Wir setzen uns für entsprechende  
204 Trainer\*innen-Ausbildungen ein und fordern die Kommunen auf, Vereine bei der  
205 Etablierung entsprechender Teams zu unterstützen.

206 Außerdem rufen wir kommunale Förderfonds ins Leben, die die Mitgliedschaft im Verein  
207 übernehmen, wenn man diese selbst nicht tragen kann. Dazu muss es eine  
208 niederschwellige Möglichkeit geben, sich zu melden, ohne alle Finanzen offenlegen zu  
209 müssen. Sport ist für alle - der eigene Geldbeutel sollte dem keinen Riegel  
210 vorschieben.

211 Auch in Einrichtungen für Menschen mit psychischen Krankheiten fordern wir die  
212 Etablierung von entsprechenden Fitnessräumen und kleinen Sportplätzen im Freien,  
213 sodass Patient\*innen die Möglichkeit haben, sich sportlich zu betätigen.

### 214 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 215 • die Förderung des Breitensports in ganz Oberbayern durch die Unterstützung der
- 216 Vereine
- 217 • Anlaufstellen in Kommunen und dem Bezirken für Opfer sexualisierter Gewalt und
- 218 Diskriminierung
- 219 • Mehr Sportangebote für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung
- Förderfonds, die Mitgliedsbeiträge für Sportvereine tragen, wenn Menschen sich

220 diese nicht leisten können

- 221 • Sportmöglichkeiten in Einrichtung für Menschen mit psychischen Krankheiten

222

## 223 **Kultur**

224 Zuständigkeitsbereiche des Bezirks sind die Förderung der Kultur, insbesondere  
225 kultureller Projekte, der Interessen junger Menschen - und "Heimat", ein Begriff, den  
226 wir Jusos kritisch sehen aufgrund des Missbrauchs, der damit oft betrieben wurde und  
227 wird. Der Heimat-Begriff war einerseits immer schon anschlussfähig an affirmative  
228 Herrschaftspropaganda, Nationalismus und "Blut-und-Boden"-Ideologie, kann aber  
229 andererseits auch eine sehr lokale und kleinräumige Verwurzelung meinen, die auch mit  
230 einem Gefühl der Solidarität auf die zugehörige Bezugsgemeinschaft verbunden ist. Ein  
231 solches Gefühl der Zugehörigkeit kann auch Elemente eines Klassenbewusstseins  
232 beinhalten, als Gegensatz der lokal verwurzelten "kleinen Leute" gegen die Klasse der  
233 Ausbeuter, wie z. B. während der Bauernkriege. Auch wird gerne vergessen, dass  
234 Oberbayern nicht nur ein bäuerlich-agrarischer geprägter Raum war und ist, sondern  
235 ebenfalls, auch und gerade im ländlichen Raum, von der Lebensform und Kultur der  
236 Berg- und Industriearbeiter\*innen beeinflusst wurde. Diese Ambivalenz des  
237 Heimatbegriffs soll in der kulturellen Aktivität des Bezirks zum Tragen kommen.  
238 Insbesondere sollen die jahrhundertlang marginalisierten, diskriminierten und/oder  
239 vergessenen Gruppen in den Blick künftiger Ausstellungen und der bestehenden  
240 Informationszentren treten, z. B. Sinti\*zze und Rom\*nja oder Jüd\*innen.

241 Die Archive in Oberbayern sind das Gedächtnis des Bezirks. Um dieser Aufgabe gerecht  
242 zu werden, brauchen Heimatarchive bessere finanzielle und infrastrukturelle  
243 Rahmenbedingungen sowie Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch soll die Vernetzung  
244 zwischen den Archiven verbessert werden, indem gemeinsam mit dem Freistaat ein  
245 digitales Archivportal nach thüringischem Vorbild eingeführt wird, in dem auch  
246 kleinere Archive Bestände verzeichnen und zugänglich machen können.

247 Die Bildungs- und Kulturangebote des Bezirks müssen für junge Menschen  
248 niedrigschwelliger zugänglich gemacht werden. Viele wissen gar nicht, welche  
249 Fördermöglichkeiten und Kultur- und Bildungsangebote in Oberbayern existieren. Das  
250 soll durch eine breit angelegte Werbekampagne geändert werden. Es braucht auch  
251 Angebote für Schulen in Form von Lernmaterial und Exkursionen. Auch die  
252 Erreichbarkeit von Zentren und Ausstellungen im ländlichen Raum muss noch verbessert  
253 werden. Die bereits bestehenden barrierefreien Angebote, wie die Zugänglichkeit für  
254 Sehbehinderte in Glentleiten, wollen wir ausbauen. Zugänglichkeit ohne Barrieren soll  
255 in allen Ausstellungen des Bezirks Oberbayern zum Standard werden.

256 Die Bezirks- und Stadtjugendringe sind die wesentliche Säule, über die  
257 parteipolitisch ungebundene Kinder- und Jugendarbeit in Oberbayern finanziert wird.  
258 Dazu gehört sowohl die offene Kinder- und Jugendarbeit als auch die Förderung der  
259 Jugendverbände. Dafür benötigen sie eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel.  
260 Auch muss das Beantragen und Abrufen von Fördermitteln deutlich vereinfacht werden.

261 Neben den konventionellen Formen der Jugendarbeit wollen wir auch die Subkultur  
262 stärker fördern, denn sie ist der Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche am freisten  
263 ausleben und ihre Kreativität erfahren können. Graffiti als Ausdrucksform darf nicht  
264 kriminalisiert werden, dafür müssen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt  
265 werden. Dies kann auch als Chance begriffen werden, junge Künstler\*innen einzuladen,  
266 den öffentlichen Raum kreativ mitzugestalten (z. B. Gestaltung von Mauern, U-  
267 Bahnhöfen etc.)

268 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 269 • Bessere finanzielle Ausstattung von Bezirks- und Stadtjugendringe
- 270 • Vereinfachung der Förderanträge für Jugendprojekte
- 271 • alternative Subkultur stärken
- 272 • Barrierefreiheit aller Museen und Ausstellungen
- 273 • Werbekampagne: speziell an junge Leute, auch in einfacher Sprache,  
274 Schüler\*innenmaterial und Exkursionsangebote für Schulen
- 275 • Busservices zu den Kulturangeboten im ländlichen Raum
- 276 • bessere finanzielle Ausstattung der Archive, bessere Vernetzung untereinander
- 277 • ZeMuLi (Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik) mit Fokus auf Musik  
278 der Sinti\*zze und Rom\*nja und jiddische Musik

## 279 **Umwelt und Landwirtschaft**

280 Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlage. Die Ursachen und Konsequenzen müssen  
281 wir deshalb auf allen Ebenen konsequent angehen. Auch auf Landes- und Bezirksebene  
282 bekennen wir uns deshalb zur Klimaneutralität 2035. Unseren Teil dazu wollen wir  
283 durch eine Beteiligung und Stärkung der dezentralen Energieversorgung beitragen.

284 Der Bezirk Oberbayern umfasst hauptsächlich ländliche Regionen, ist aber durch  
285 München städtisch geprägt. Hierdurch ergibt sich eine Konkurrenz der Flächen der  
286 ländlichen Regionen als Ausgleichsflächen für die Artenvielfalt, für die  
287 Landwirtschaft aber auch für die Energieversorgung. Eine sorgfältige Abwägung ist  
288 notwendig, um die bestmögliche Nutzung sicherzustellen und alle Bedürfnisse zu  
289 erfüllen.

290 Der Bezirk Oberbayern koordiniert landkreisübergreifende Schutzgebieten wie Chiemsee,  
291 Isarpark und Naturpark Altmühltal durch den Bezirk Oberbayern

292 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 293 • Schaffung von deutlich mehr Wildnisgebieten, die als intakte Ökosysteme ohne  
294 menschlichen Einfluss bestehen, in den Landschaftsschutzgebieten Oberbayerns.
- 295 • Wir fordern, der Bezirk Oberbayern soll in den von ihm verwalteten Wäldern die  
296 Hobbyjagd durch die Rechtsverordnungen über die Landschaftsschutzgebiete  
297 verbieten. Die Wiederansiedlung des Wolfes muss unterstützt werden

- 298 • Weiterbildungen für Landwirt\*innen, Förster\*innen und Hobbygärtner\*innen zur  
299 Erhaltung der Biodiversität zusätzlich zu den Beratungen zu Fischerei und  
300 Imkerei
- 301 • Wir fordern bei der Imkerei-Beratung mehr Fokus auf die Stärkung von  
302 Wildbienenpopulationen zu legen und nur noch solche Imker\*innen zu unterstützen,  
303 die dieses Ziel konsequent umsetzen
- 304 • Initiativen für Kinder und Jugendliche zum achtsamen Umgang mit Ressourcen  
305 müssen ausgebaut werden



## Antrag M01: Integration durch Investition

Antragsteller/in:	Jusos Fürstenfeldbruck
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Migration und Integration

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Laut dem Statistischem Bundesamt sind letztes Jahr 1,3 Millionen Menschen aus dem
- 2 Ausland nach Deutschland gezogen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund besuchen
- 3 in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft kostenpflichtige Deutsch- und
- 4 Integrationskurse. Die Beherrschung der Landessprache erleichtert es deutlich, am
- 5 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben eines Landes teilzunehmen.
- 6 Ein Nachweis über ein entsprechendes Sprachniveau der deutschen Sprache sowie
- 7 Grundwissen über die deutsche Gesellschaftsordnung sind verpflichtend, wenn Menschen
- 8 beispielsweise eine Niederlassungserlaubnis (Aufenthaltsrecht ohne Befristung)
- 9 anstreben. Für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sind Nachweise über
- 10 erforderliche Sprachkenntnisse sowie das Zertifikat „Leben in Deutschland“
- 11 ausschlaggebend. Auch Arbeitgeber\*innen legen viel Wert auf diesen Aspekt, wenn es um
- 12 die Weiterbeschäftigung oder Einstellung von Arbeitnehmer\*innen geht.
- 13 Menschen, die sich entscheiden, erwähnte Seminare zu besuchen, müssen die Kosten für
- 14 die Teilnahme an der Prüfung sowie für den Seminarbesuch selbst tragen. Wer in den
- 15 ersten zwei Jahren nach seiner Ankunft die Prüfungen beim ersten Versuch besteht,
- 16 erhält die Hälfte der Schulungskosten erstattet.
- 17 Dies ist nicht genügend Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund und
- 18 stellt eine große Hürde im Integrationsprozess dar. Wir fordern die komplette
- 19 Kostenübernahme bei Sprach- und Integrationsseminaren für Migrant\*innen. Die
- 20 Finanzierung sollen Bund, Länder und Kommunen tragen.

## Antrag P01: Resolution: Wer wir sind, wie wir uns verstehen: Juso-Sein heißt überzeugt-Sein, nicht nur jung-Sein.

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Partei

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jungsozialist\*innen sehen uns als linken Richtungsverband innerhalb der SPD, der
- 2 in der Partei, den Parlamenten, auf der Straße und in Bündnissen für
- 3 Chancengerechtigkeit, eine solidarische Gesellschaft, Teilhabe für alle - kurzum den
- 4 demokratischen Sozialismus - eintritt.
- 5 Unter 35 Jahre alt und Juso zu sein, können zwei vollkommen verschiedene Dinge sein:
- 6 Es reicht nicht aus, jung zu sein - unsere Grundwerte müssen geteilt und auch gelebt
- 7 werden.
- 8 **Juso sein heißt: Stabil antifaschistisch sein - sonst kracht**
- 9 Wir sind ein antifaschistischer Richtungsverband und stellen uns ganz klar gegen jede
- 10 Form der Diskriminierung. Faschismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus,
- 11 Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir
- 12 kämpfen jeden Tag gemeinsam mit allen Antifaschist\*innen weltweit für eine
- 13 solidarische, gerechte und offene Gesellschaft. Es gilt zu jeder Zeit: kein Fußbreit
- 14 dem Faschismus!
- 15 Viele Mitglieder der AfD sind Rechtsextremist\*innen oder gerne mit solchen in einer
- 16 Partei, viele werden bereits von Gerichten als rechtsextrem und faschistisch
- 17 eingestuft. Wir lehnen jede Form der Zusammenarbeit entschieden ab und geben ihnen
- 18 keine Bühne. Podiumsdiskussionen oder Veranstaltungen, zu denen auch die AfD
- 19 eingeladen ist, lehnen wir ab. Wir erwarten, dass sich eingeladene Personen an die
- 20 anderen demokratischen Parteien oder Gesprächspartner\*innen wenden und versuchen eine
- 21 Gegenveranstaltung oder einen Boykott zu organisieren, denn mit Nazis spricht man
- 22 nicht.
- 23 Gegenüber Betroffenen und Bedrohten von rechter Gewalt sind wir solidarisch, wir
- 24 engagieren uns in Bündnissen und kämpfen für eine offene Gesellschaft.
- 25 **Juso sein heißt: Demokratischen Sozialismus erkämpfen**
- 26 Wir sehen die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Zustände eines sich selbst
- 27 überholenden kapitalistischen Systems, in dem der Mensch nur mehr der Wirtschaft und
- 28 nicht die Wirtschaft dem Menschen dient als so nicht länger tragbar an. Reiche werden
- 29 immer reicher, Arme werden immer mehr. Die gesellschaftliche Ungleichheit nimmt immer
- 30 weiter zu und während die einen in Luxus leben, Steuern sparen wo sie können und
- 31 vererben, wie es ihnen gefällt, leben andere unterhalb der Armutsgrenze, können nicht
- 32 an der Gesellschaft teilnehmen und ihre Kinder wachsen in Armut auf. Weite Teile der

33 Gesellschaft bestreiten ihr Leben und Überleben durch ihre Arbeit, Rücklagen haben  
34 sie kaum. In den wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus stehen sie regelmäßig am  
35 Abgrund.

36 Wir leben in einer Klassengesellschaft. In der Medizin, wo Reiche besser behandelt  
37 werden und Kliniken Profite erwirtschaften müssen, in der Klimapolitik, wo die einen  
38 noch von den fossilen Energieträgern profitieren und die anderen schon unter dem  
39 Klimawandel leiden, in der Bildung, die den einen beste Chancen und anderen gar  
40 nichts bietet und in der Begründung aller Klassen - der Arbeit, in der sich die einen  
41 kaputt arbeiten und trotz zwei Jobs und Nachtschicht die Miete nicht zahlen können  
42 und andere mit weniger Arbeit sorgenfrei leben und Reichtum aufbauen können.

43 ~~Wir sehen dieses kapitalistische System als grob ungerecht und diese~~  
44 ~~Klassengesellschaft als revolutionsbedürftig an. Wir setzen uns als Ziel, den~~  
45 ~~demokratischen Sozialismus zu erreichen.~~

46 Unser Weg zum Sozialismus ist der Weg der Reformen, die sich daran messen lassen  
47 müssen, ob sie gleichzeitig substantielle materielle Verbesserungen für die  
48 Arbeitenden und eine Machtverschiebung zu ihren Gunsten gewährleisten. Über diese  
49 Verschiebung der Machtverhältnisse werden wir den demokratischen Sozialismus  
50 erreichen. Reformen mit Revolutionärem Anspruch und einem klar vor Augen stehenden  
51 Ziel: die Macht über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu entscheiden von der  
52 Kapitalistischen Klasse hin zur Arbeitenden Klasse überführen.

53 Es braucht eine massive Umverteilung, um eine Gesellschaft zu erreichen, die  
54 Chancengerechtigkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Sicherheit für alle  
55 Bürger\*innen ermöglicht. Es bedarf einer Revolution im Gesundheitswesen, um beste  
56 medizinische Versorgung für alle Menschen zu erreichen. Es bedarf massiver  
57 Investitionen in die Klimapolitik, um den Klimawandel aufzuhalten und Deutschland  
58 sozial gerecht klimaneutral zu gestalten. Es bedarf einer Bildungsreform, die diesen  
59 Namen verdient, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu ermöglichen und Bildung  
60 unabhängig von den Ressourcen der Eltern zu gestalten und wir brauchen den  
61 Sozialismus um dieses kapitalistische System zu überwinden, sodass Arbeit fair  
62 bezahlt wird, den Lebensunterhalt sichert und keine solch großen Unterschiede  
63 auslöst.

64 Es bedarf einer demokratisch organisierten Wirtschaft. Arbeiter\*innen und Angestellte  
65 sollen über das Handeln von Unternehmen entscheiden, Gewerkschaften und ihre Rechte  
66 wollen wir stärken und ausbauen. Unternehmen der kritischen Infrastruktur müssen  
67 vergesellschaftet werden, die öffentliche Versorgung muss in die öffentliche Hand und  
68 darf nicht privatisiert werden.

69 Es bedarf der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Egal ob am Arbeitsplatz, in der  
70 Schule oder der Universität: Überall, wo Menschen zusammenkommen, sollen  
71 Entscheidungen demokratisch getroffen werden.

72 Jede politische Maßnahme muss unter der Einbeziehung der sozialen Frage diskutiert  
73 werden und darf der Erreichung des demokratischen Sozialismus nicht zuwiderlaufen.  
74 Wir wollen in der alltäglichen politischen Arbeit Menschen dazu ermächtigen, eine  
75 Alternative zum Kapitalismus zu erkennen und zu erkämpfen. Als Jungsozialist\*innen

76 entwerfen wir diese Alternative.

77 Wir stehen nicht nur für Antikapitalismus, sondern für eine tiefgreifende Analyse der  
78 gesellschaftlichen Verhältnisse. Aus ihr leiten wir unsere Forderungen sowie Konzepte  
79 und Strategien für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ab.

#### 80 **Juso sein heißt: Queer-Feminismus erkämpfen**

81 Eine gerechte Gesellschaft heißt für uns echte Gleichberechtigung aller Geschlechter.  
82 Eine Gleichstellung, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der  
83 Gesellschaft gelebt wird. Davon sind wir Stand jetzt noch weit entfernt.  
84 FLINTA\*(Frauen, Lesben, Inter, nicht binär, Trans, Agender) leiden unter einer  
85 täglichen Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechts. Angefangen beim Gender Pay Gap  
86 und der strafrechtlichen Verfolgung bei Schwangerschaftsabbrüchen hin zu alltäglichem  
87 Sexismus. Eine Gesellschaft der stereotypischen Rollenbilder und der weiteren  
88 Etablierung des Patriarchats lehnen wir entschieden ab. Keine Person darf aufgrund  
89 ihres Geschlechts schlechter behandelt werden oder nur auf das Geschlecht reduziert  
90 werden. Transfeindlichen sog. "Feminismus" lehnen wir entschieden ab.

91 Sprache prägt unser Denken und Handeln. Deshalb etablieren wir eine inklusive Sprache  
92 und gendern konsequent, denn nur mitgemeint ist nicht mitgedacht. Misgendern bringt  
93 mitunter Transfeindlichkeit zum Ausdruck.

94 Unser Feminismus ist intersektional. Viele Personen sind von  
95 Mehrfachdiskriminierungen betroffen, sei es aufgrund der Hautfarbe und des  
96 Geschlechts oder von anderen sich überlappenden und gegenseitig bedingenden  
97 Diskriminierungsformen. Wir erkennen diese Problematik und bedenken sie bei der  
98 Ausarbeitung diskriminierungskritischer Konzepte. ~~Auch erkennen wir an, dass der~~  
99 ~~Kapitalismus Ungleichheitsvorstellungen etabliert und Diskriminierung fördert.~~

100

101 Unser Feminismus ist materialistisch: die Herabsetzung aufgrund von Geschlecht hat in  
102 der kapitalistischen Gesellschaft vorrangig den Grund, Arbeitskraft einfacher  
103 ausbeuten zu können. Die kapitalistische Gesellschaft und die Arbeitskraft der  
104 Arbeitenden wird maßgeblich durch die kostenlose Arbeit von Frauen und INTA\*-Personen  
105 reproduziert. Auch im Falle der Lohnarbeit bringt die anhaltende Gender Pay Gap  
106 bringt die kapitalistische Gesellschaft ihre Geringschätzung weiblicher Arbeitskraft  
107 zum Ausdruck.

108 Feministische Kämpfe spielen daher eine zentrale Rolle in der Überwindung der  
109 kapitalistischen Gesellschaftsform!

#### 110 **Juso sein heißt: Internationale Solidarität**

111 Wir Jusos lehnen jegliche Unterteilung von Menschen durch nationale oder  
112 supranationale Grenzen ab. Geflüchteten muss geholfen werden, die Festung Europa ihre  
113 Tore öffnen und Humanität statt Ausgrenzung Einzug halten.

114 Wir stehen an der Seite von Protestierenden gegen jedes autokratische Regime und an  
115 der Seite jeglicher Demokratisierungsbewegung. Eigenheiten der Kulturen erkennen wir  
116 an und engagieren uns gegen postkoloniales Denken. Politik gegen FLINTA\*, LGBTQIA+\*,  
117 Demokratie, freie Entfaltung der Persönlichkeit oder ethnische Gruppen akzeptieren

118 wir unter keinem Deckmantel - Menschenrechte sind universell und nicht einer Kultur  
119 unterzuordnen.

120 Als antimilitaristischer Verband setzen wir uns für Abrüstung und internationale  
121 Friedenssicherung über nationale oder supranationale Grenzen hinweg ein. Gegen  
122 jegliche staatliche Aggression stellen wir uns vehement.

123 Wir beziehen Stellung gegen jeden Antisemitismus, immer und überall. Wir setzen uns  
124 für das Existenzrecht Israels ein und unterstützen die Zweistaatenlösung und den  
125 Dialog.

### 126 **Juso sein heißt: Auf der Straße an der Seite der Bündnispartner\*innen stehen**

127 Als Jungsozialist\*innen verstehen wir uns als Teil der linken gesellschaftlichen  
128 Bewegungen und unterstützen diese in ihrem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft.  
129 Wir stehen Seite an Seite mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf für bessere Arbeit,  
130 an der Seite der Klimabewegung und von sozialen Bewegungen wie "Genug ist Genug". Wir  
131 möchten nicht am Rand, sondern mittendrin in den antikapitalistischen  
132 Protestbewegungen sein und diese aktiv unterstützen.

### 133 **Juso sein heißt die SPD auf Links wenden**

134 Wir setzen uns innerhalb der SPD für einen stabil sozialistischen Kurs ein. Wir  
135 kämpfen für unsere Inhalte und unsere Positionen und arbeiten daran mit, die SPD  
136 inhaltlich zu gestalten und nach links auszurichten. Wir formulieren mit der und für  
137 die SPD die Vision und den Weg hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Wir machen  
138 Wahlkampf um linke Mehrheiten zu erreichen.

139 Unser Ziel und unsere Aufgabe als Jusos ist es nicht, ein größeres Stück vom linken  
140 Kuchen abzubekommen: Wir sind nicht die Werbeagentur für die SPD in linken Bewegungen  
141 und auf der Straße und das oberste Ziel diese Engagements ist es nicht, dass nächste  
142 Wahlergebnis positiv zu beeinflussen. Wir wollen dazu beitragen, dass der linke  
143 Kuchen größer wird. Wir wollen in der Gesellschaft – insbesondere bei jungen Menschen  
144 – Klassenbewusstsein schaffen. Die Leute müssen nicht sofort mit roten Fahnen durch  
145 die Straßen ziehen, aber erste Schritte sind auch Ausdrücke von Solidarität mit  
146 Streikenden oder ein Bewusstsein für gemeinsame Kämpfe um Klimagerechtigkeit und  
147 Verteilungsgerechtigkeit. Der Kapitalismus kann nur mit einer starken  
148 Arbeiter\*innenbewegung überwunden werden.

149 Deshalb ist das Ziel unseres Einsatzes nicht Applaus und Zustimmung von anderen  
150 linken Gruppen, sondern zum Beispiel Menschen in Armut zu erreichen, zu politisieren  
151 und zu mobilisieren und Auszubildende und Studierende vom gemeinsamen Kampf um  
152 bezahlbaren Wohnraum und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu überzeugen.

153 Zudem bemühen wir uns um Mandate, um unsere Überzeugungen in die Parlamente und  
154 Gesetzesblätter zu bringen. Uns ist völlig klar, dass auch junge Abgeordnete mit  
155 einer politischen Sozialisation aus Reihen der Jungsozialist\*innen als Abgeordnete in  
156 Ihrer Position nicht ausschließlich nach jungsozialistischer Beschlusslage abstimmen  
157 können. Umso wichtiger ist es, eine neue Balance zu finden zwischen der Fortsetzung  
158 der solidarischen Zusammenarbeit und einer kritischen Distanz des Regierungshandelns.  
159 Junge Menschen mit Juso-Sozialisationen können in Parlamenten durchaus einen

160 Unterschied machen und progressive Projekte voranbringen. Wir erwarten von  
161 jungsozialistischen Abgeordneten, dass sie als Teil der Parteilinken den Diskurs  
162 innerhalb der Fraktionen weiter verschieben.

163 Als Teil unserer Doppelstrategie üben wir darüber hinaus aber auch dezidiert von  
164 innen und außen Kritik und Druck auf die Funktionär\*innen unserer Partei aus. Wir  
165 sind nicht die "Jubeltruppe" der SPD, sondern inhaltlich eigenständig, überzeugt und  
166 unbequem. Wir sind Teil der gesellschaftlich linken Bewegung und treten auch als  
167 solche offensiv auf und verstehen uns nicht als unkritische "Kanzlerjugend".

168 Die Doppelstrategie ist daher essentieller Bestandteil unseres Kampfs für den  
169 demokratischen Sozialismus. Mit parlamentarischen Mandaten und Mehrheiten alleine  
170 werden tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen nicht nachhaltig möglich sein. Aus  
171 dieser Tatsache heraus leitet sich unser außerparlamentarischer Einsatz ab, abseits  
172 von konkreter Parteilarbeit Menschen zu politisieren und sie für die Sache des  
173 demokratischen Sozialismus zu begeistern. Nur mit einer breiten gesellschaftlichen  
174 Mehrheit können die Kapitalinteressen erfolgreich eingehegt und überwunden werden.

## Antrag U01: Umweltschutz und Artenvielfalt für Oberbayern

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt und Energie

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
- 2 Der Bezirk Oberbayern umfasst hauptsächlich ländliche Regionen, ist aber durch
- 3 München städtisch geprägt. Hierdurch ergibt sich eine Konkurrenz der Flächen der
- 4 ländlichen Regionen als Möglichkeit für die Artenvielfalt, für die Landwirtschaft
- 5 aber auch für die Energieversorgung. Eine sorgfältige Abwägung ist notwendig, um die
- 6 bestmögliche Nutzung sicherzustellen und alle Bedürfnisse zu erfüllen. Die Grundlage
- 7 dafür ist ein gründliches Monitoring.
- 8 Der Bezirk Oberbayern umfasst hauptsächlich ländliche Regionen, ist aber durch
- 9 München städtisch geprägt. Hierdurch ergibt sich eine Konkurrenz der Flächen der
- 10 ländlichen Regionen als Ausgleichsflächen für die Artenvielfalt, für die
- 11 Landwirtschaft aber auch für die Energieversorgung. Eine sorgfältige Abwägung ist
- 12 notwendig, um die bestmögliche Nutzung sicherzustellen und alle Bedürfnisse zu
- 13 erfüllen. Die Grundlage dafür ist ein gründliches Monitoring.
- 14 **Landkreisübergreifendes Monitoring der Artenvielfalt und Koordinierung durch den**
- 15 **Bezirk**
- 16 Dem Bezirk kommt besondere Verantwortung bei der Koordinierung von
- 17 landkreisübergreifenden Schutzgebieten wie Chiemsee, Isarpark und Naturpark
- 18 Altmühltal. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges Monitoring - gerade auch
- 19 der Pflanzenwelt - stattfinden, um ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese Zahlen
- 20 sollen innerhalb der Kartierung der Gebiete vermerkt und transparent einsehbar sein.
- 21 Ein solches Monitoring legt auch die Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt der
- 22 Biodiversität und Sanktionen bei Nicht-Einhaltung und kann bei der Entscheidung über
- 23 Flächennutzung für Photovoltaik oder Windkraft helfen, damit besonders wertvolle
- 24 Flächen für den Artenschutz erhalten bleiben. Grundsätzlich fordern wir beim
- 25 Artenschutz ein Weggehen von der Betrachtung einzelner Populationen, hin zu einer
- 26 Betrachtung der Gesamtpopulation. Dabei soll viel mehr die Wirkung eines Standortes
- 27 für die gesamte Population betrachtet und gewertet werden - inklusive zum Beispiel
- 28 von Nistmöglichkeiten - als das Vorkommen einzelner Individuen an diesem Standort.
- 29 **Mehr Wald und Moore wagen**
- 30 Wir wollen Land- und Forstwirtschaft ökologisch transformieren. Landwirt\*innen,
- 31 Forstwart\*innen, aber auch Hobbygärtner\*innen, die Interesse an Maßnahmen zur
- 32 Erhaltung der Biodiversität haben, brauchen leicht zugängliche Möglichkeiten zur Aus-
- 33 und Weiterbildung. Wir fordern, dass der Bezirk solche zusätzlich zur Imkerei- und
- 34 Fischereiberatung anbietet. Anhand der Kartierungsdaten, soll diese Beratung auch

- 35 standortbezogen erfolgen, um Korridore für gefährdete Arten zu verbessern.
- 36 Neben der Ökologisierung der bestehenden Forstwirtschaft wollen wir anstatt immer  
37 mehr bewirtschafteter Nutzwald auch wieder mehr auf echte Wildnisgebiete setzen.  
38 Nachdem der Mensch die Natur und den echten wilden Wald immer weiter zurückgedrängt  
39 hat, wollen wir im Sinne echter Biodiversität und Lebensraumerhalt bzw. -  
40 Wiederbeschaffung erreichen.
- 41 Der Bezirk Oberbayern erlässt Rechtsverordnungen, über die Landschaftsschutzgebiete,  
42 die sich über mehrere Landkreise oder kreisfreie Städte beziehen. Er kann  
43 Beschränkungen zur Bewirtschaftung oder Bebauung erlassen und die  
44 Schutzgebietsverordnungen verändern.
- 45 Wir fordern, dass der Bezirk Oberbayern die Schutzverordnungen dahingehend ändert,  
46 dass Ausweitung von Bebauung oder Bewirtschaftung unterbunden wird und stattdessen  
47 durchsetzen, dass künftig mindestens 5% der Fläche aller Landschaftsschutzgebiete in  
48 Wildnisgebiete umgewandelt werden müssen.
- 49 Echte Wildnisgebiete müssen ausreichend groß sein (über 1.000 Hektar), dürfen nicht  
50 bewirtschaftet werden und sollen ein möglichst intaktes Ökosystem schaffen, das sich  
51 selbst reguliert und ohne Eingriffe des Menschen bestehen kann. Jagd, Fischerei oder  
52 Holzfällarbeiten sind untersagt, egal ob zu kommerziellen Zwecken oder zur  
53 Regulierung des Ökosystems. Der bisherige menschliche Einfluss muss rückabgewickelt  
54 werden und sukzessive menschliche Einflussnahme beendet werden.
- 55 Flächen dürfen nicht weiter privatisiert werden, besonders nicht solche, die als  
56 Potenzialflächen für Wildnisgebiete in Frage kommen. Private Flächen, die sich für  
57 Wildnisgebiete eignen, sollen perspektivisch in staatliche Hand übergehen, um diese  
58 zu verbinden und erweitern zu können. Dadurch könnten wichtige Hürden genommen  
59 werden, um beispielsweise auf die Mindestgröße von 1.000 Hektar, die in der NBS  
60 definiert ist, zu kommen. Auch bei der Neubepflanzung von Gebieten oder der konkreten  
61 Planung von Infrastrukturmaßnahmen müssen Wildnisgebiete besonders berücksichtigt  
62 werden. Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten und der Ausbau der Windenergie  
63 sollen einander nicht im Weg stehen.
- 64 Zu den Wildnisgebieten sollen umfassende Bildungsangebote vor Ort angeboten werden  
65 und Menschen ermöglicht werden, ohne Einfluss zu nehmen, echte Wildnis in der  
66 heimischen Gegend kennenzulernen.
- 67 **Oberbayern summt**
- 68 Biene ist nicht gleich Biene. In Bayern leben neben der bekannten Honigbiene auch  
69 noch etwa 520 verschiedene Wildbienenarten. Diese sind besonders gefährdet und müssen  
70 dementsprechend besonders geschützt werden, denn sie decken ein weitaus größeres  
71 Bestäubungsspektrum als die Honigbiene ab und spielen eine wichtige Rolle für die  
72 Stabilität des Ökosystems. Wir fordern bei der Imkereiberatung mehr Fokus auf die  
73 Stärkung von Wildbienenpopulationen zu legen, zum Beispiel durch die Vernetzung von  
74 Korridoren oder Bereitstellung von Nistplätzen. Wer Förderungen für Imkerei erhalten  
75 möchte, muss nachweisen, einen festgelegten Anteil in solche Projekte zu investieren.  
76 Wir sprechen uns gegen Bienen als reines Lifestyleprojekt im eigenen Garten aus, denn



77 Imkerei muss gelernt sein. Das soll sich auch in der Förderung widerspiegeln.  
78 Vielmehr sollen interessierte Hobbyimker\*innen durch den Bezirk beraten werden, wie  
79 sie geeignete Nistplätze in ihrem Garten anbieten und den Garten bienenfreundlich  
80 umgestalten.

#### 81 **Grüne Dächer statt grauer Mauern**

82 Der Klimawandel steht vor der Tür und trotzdem sieht man in immer mehr Gärten in  
83 Deutschland Steingärten anstelle grüner bepflanzter Gärten. Diese sind nicht weniger  
84 pflegeaufwendig und stellen einen enormen Nachteil für den Klimaschutz dar. Deshalb  
85 fordern wir das Verbot von Steingärten und die Begrünung von Flachdächern. Somit  
86 fördern wir die Biodiversität und wirken dem Artensterben der Wildbienen entgegen.  
87 Begrünte Dächer dienen dabei nicht nur dem Klimaschutz, sondern sollen nach  
88 Möglichkeit auch den Bewohner\*innen zugänglich gemacht werden. So können  
89 gemeinschaftliche Projekte und das gemeinsame Begrünen des Flachdaches vorangetrieben  
90 werden. Zusätzlich halten wir das Begrünen von Fassaden auch im Nachhinein für  
91 unterstützenswert, um die Umwelt zu schützen und die Biodiversität voranzutreiben.

#### 92 **Wir sind Teil der Wolfgang**

93 Der Wolf hat eine relevante Bedeutung für das Ökosystem Wald und steht nicht nur aus  
94 diesem Grund unter besonderem Schutz. Der wird sowohl durch das Tierschutzrecht als  
95 auch das Artenschutzrecht vor Schaden oder Tötung geschützt. Wir unterstützen  
96 Ansiedlungsmaßnahmen für den Wolf in Oberbayern und möchten Abschüsse vermeiden.  
97 Diese stellen einen Eingriff in das Ökosystem dar.

98 Zusätzlich sehen wir Herdenschutzmaßnahmen durch geeignete Zäune oder  
99 Herdenschutztiere als wichtig an und fordern kompetente Beratung, Förderung und  
100 Unterstützung von Bäuer\*innen.

101 Aktuell wird der Wolf generell als "Problemwolf" und gefährlich abgestempelt. Das  
102 stimmt nicht und beeinflusst die Bevölkerung negativ. Daher fordern wir eine  
103 flächendeckende Aufklärungs-Kampagne.

#### 104 **Vogelschutz auch gegen das eigene Haustier durchsetzen**

105 Der Vogelbestand ist in den vergangenen Jahrzehnten rasant zurückgegangen. Ein  
106 häufiger Grund gegen den Ausbau von Windenergie ist der Vogelschutz. Tatsächlich sind  
107 Windräder nur für einen verschwindend geringen Teil der jährlich unnatürlich  
108 verendeten Vögel verantwortlich. Die größten Ursachen für den massiven Rückgang der  
109 Vogelzahlen sind die Nahrungsmittelknappheit durch Insektensterben, der Mangel an  
110 Rückzugsmöglichkeiten durch Bau- bzw. Umbaumaßnahmen und Waldabholzung und der  
111 Einsatz von Pestiziden und intensive Landwirtschaft. Nur eine Wiederherstellung der  
112 Lebensräume und der Biodiversität kann langfristig die Vogelpopulation schützen.  
113 Gegen Wilderei muss zudem strikt vorgegangen werden.

114 Weitere Gründe für das Vogelsterben sind Stromleitungen und der Straßenverkehr. Hier  
115 müssen entgegenwirkende Strategien entwickelt werden. Ebenso sollen  
116 Beratungsstrukturen aufgebaut werden, die Privathaushalte, Kommunen, Unternehmen und  
117 Architekt\*innen dahingehend beraten, wie beim Verbau von Glaselementen Vogelschutz  
118 mitbedacht werden kann.

119 Ein weiterer großer Gefahrenpunkt ist die Hauskatze, die jährlich für einen nicht  
120 unwesentlichen Teil der getöteten Singvögel verantwortlich. Der Naturschutzbund  
121 Deutschland beschreibt die Problematik wie folgt: "Unsere Hauskatze stammt von der  
122 ägyptischen Falbkatze ab, einer Wildkatze. [...] Ihrem Jagdinstinkt folgend,  
123 durchstreifen sie größere Reviere und fangen vor allem Haus und Feldmäuse." Neben  
124 kleinen Säugetieren, größeren Insekten, Amphibien und Reptilien sind besonders  
125 seltene und geschützte Singvogelarten häufig Opfer der brutalen Stubentiger. Katzen  
126 werden so zum letzten und zerstörerischen Faktor einer langen Reihe an negativen  
127 Einflüssen. Die bereits geschwächte Vogelpopulation wird durch die Hauskatze noch  
128 weiter geschwächt und an den Rand der Existenz gebracht.

129 Wir fordern zum Schutz von Vögeln die Einführung einer Katzensteuer, deren Einnahmen  
130 zum Vogelschutz eingesetzt werden soll. Durch eine Katzensteuer und eine damit  
131 einhergehenden Kennzeichnungspflicht kann der Bestand an Hauskatzen, gerade im  
132 ländlichen Bereich, kontrolliert werden, die Zahl der besitzer\*innenlose Katzen  
133 langfristig minimiert werden und Sensibilität für die Verantwortung bei Haltung einer  
134 Katze geschaffen werden. Parallel zur Einführung der Katzensteuer soll über den  
135 Bezirk ein umfassendes Beratungsangebot aufgebaut werden, das auf die Vermittlung von  
136 Kleintier- und Vogelschutzmaßnahmen abzielen soll. Generell soll durch umfangreiches  
137 Monitoring eine Datengrundlage über die Situation der Katzenanzahl geschaffen werden  
138 und bei großer Zahl von streunenden Tieren eine lokale Kastrationspflicht erlassen  
139 werden. Der Bezirk soll dabei die Koordination der vom Land bevollmächtigten Kommunen  
140 übernehmen.

#### 141 **Du sollst nicht zum Spaß töten**

142 Wir fordern ein Verbot von Hobbyjagd. Nur Berufsjäger\*innen sollen im Rahmen ihrer  
143 Pflicht, der Ausräumung von Populationen und Naturbeständen, Tiere entnehmen  
144 dürfen, um das Weiterbestehen des Ökosystems sicherzustellen. Dabei sollte diese  
145 Entnahme möglichst schmerzlos für das betroffene Tier und schonend für die übrigen  
146 Tiere vollzogen werden. Treib und Drückjagd sollen verboten werden. Ebenso soll die  
147 Fallenjagd umgehend beendet werden, um die Tiere nicht zu quälen und unkontrollierte  
148 Tötungen zu vermeiden.

149 Wir fordern ein Verbot von Hobbyjagd. Nur Berufsjäger\*innen sollen im Rahmen ihrer  
150 Pflicht, der Ausräumung von Populationen und Naturbeständen, Tiere entnehmen  
151 dürfen, um das Weiterbestehen des Ökosystems sicherzustellen. Dabei sollte diese  
152 Entnahme möglichst schmerzlos für das betroffene Tier und schonend für die übrigen  
153 Tiere vollzogen werden. Treib und Drückjagd sollen verboten werden. Ebenso soll die  
154 Fallenjagd umgehend beendet werden, um die Tiere nicht zu quälen und eine  
155 unkontrollierte Tötung vorzunehmen.

156 Es sollen keine Jagdlizenzen oder Tagestouren vergeben werden. Das Töten von Tieren  
157 darf kein Hobby oder Freizeitbeschäftigung sein, diese Praktik lehnen wir als  
158 unmoralisch ab. Besonders das Töten von geschützten Tierarten, was in Deutschland  
159 nach wie vor geschieht, muss unterbunden werden.

160 Hobbyjagd läuft darüber hinaus dem Ziel der Biodiversität diametral entgegen.  
161 Aktuelle Zahlen zeigen, dass v. a. bejagte Arten zuletzt ihre Populationszahlen

162 erhöhen konnten, im Beispiel von Wildschweinen auf eine für intakte Ökosysteme nicht  
163 erträgliche Art, nur zum Zweck sie jagen zu können.

164 Wir fordern, der Bezirk Oberbayern soll in den von ihm verwalteten Wäldern die  
165 Hobbyjagd durch die Rechtsverordnungen über die Landschaftsschutzgebiete verbieten.

166 **Achtsamer Umgang mit Ressourcen und Umwelt - Bildung und Öffentlichkeitsarbeit**

167 Der achtsame Umgang mit Ressourcen und der Schutz der Umwelt beginnt bereits im  
168 Kindesalter. Deshalb fordern wir die Förderung von Initiativen und  
169 Bildungsprogrammen, die den Umgang mit Ressourcen beinhalten. Besondere Potenziale  
170 sehen wir in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie in der Kooperation mit  
171 Bildungseinrichtungen.

172 Dabei soll Kindern das Thema so vermittelt werden, dass sie es ihrem Alter gerecht  
173 verstehen und verarbeiten können, aber auch Spiele und Spaß sollen nicht zu kurz  
174 kommen. So verbinden Kinder mit dem Thema Ressourcenschonung und Umweltschutz etwas

175 Positives. Beispiele für solche Initiativen können "Clean up Days" in Kindergärten,  
176 Grundschulen oder Jugendzentren sein, "Upcycling Projekte" bei denen die Kinder  
177 bereits weggeworfenes wiederverwenden, um beispielsweise zu basteln oder handwerklich  
178 aktiv zu sein. Für ältere Kinder bieten sich beispielsweise Kleidertauschpartys an.  
179 Dabei zeigt sich, dass Kleidung nicht immer neu gekauft werden muss, sondern durchaus  
180 länger hält und man so einen Teil zum Klimaschutz beitragen kann.

## Antrag U03: Soziale Energiewende jetzt!

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt und Energie

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat\*innen: Jusos Oberbayern

2 Überblick:

3 Im November 2022 fand die UN-Klimakonferenz COP27 in Ägypten statt. Nach zweiwöchigen  
4 Debatten und Verhandlungen einigten sich die teilnehmenden Staaten am Ende auf eine  
5 gemeinsame Abschlusserklärung. Diese beinhaltet zwar ein Bekenntnis zum 1,5 Grad  
6 Ziel, den Aufbau eines Fonds für Klimaschäden in ärmeren Ländern sowie die  
7 Verbrennung von Kohle zu reduzieren, ein Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Öl  
8 und Gas wurde jedoch nicht beschlossen. Letzteres sorgte für Kritik seitens der EU  
9 und Deutschland. Außenministerin Annalena Baerbock äußerte sich frustriert darüber,  
10 “[d]ass aufgrund der Blockade von einigen großen Emittenten und ölproduzierenden  
11 Staaten überfällige Schritte zur Minderung und zum Ausstieg aus fossilen Energien  
12 verhindert wurden. [...]”<sup>[1]</sup>. Gleichzeitig hat es die Bundesregierung seit dem  
13 russischen Überfall auf die Ukraine vor bald einem Jahr nicht geschafft, eine  
14 unabhängige, krisensichere und regenerative Energieversorgung aufzubauen oder auch  
15 nur die gesetzlichen Bedingungen dafür zu schaffen. Vielmehr hat Deutschland sich  
16 weiterhin von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl aus Unrechtsstaaten wie Saudi-  
17 Arabien oder Katar abhängig gemacht und den Anteil der Kohle an der  
18 Stromversorgung im 1. Halbjahr 2022 um 17,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht.  
19 <sup>[2]</sup> Gleichzeitig können sich immer mehr Menschen die Energie- und Stromkosten nicht  
20 mehr leisten, während die Energiekonzerne ihre Gewinne weiter steigern.<sup>[3]</sup> Es  
21 erfordert daher sofortige Maßnahmen, um den Kampf gegen die Klimakrise, der  
22 internationalen Solidarität gegenüber der von der Klimakrise am schwersten  
23 betroffenen Menschen und einer sozialen, unabhängigen, öffentlichen und bezahlbaren  
24 Energieversorgung für zukünftige Generationen gerecht zu werden.

25 Forderungen:

26 Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand  
27 Die aktuelle Krise und die dadurch steigenden Energiekosten zeigen einmal mehr, dass  
28 gerade die grundlegende Daseinsvorsorge nicht auf marktpolitischen Gegebenheiten  
29 basieren darf. Inflation und die Verarmung großer Teile der Bevölkerung sind die  
30 Folgen einer Energieinfrastruktur, die auf privatisierten Energieversorgern und der  
31 Abhängigkeit fossiler Energieträger aus Unrechtsstaaten wie Russland, Saudi-Arabien  
32 oder Katar abhängt. Diese Gegebenheiten bestätigen unsere jahrelangen Forderungen,  
33 dass die Daseinsvorsorge, die auch die Versorgung mit Wärme und Strom impliziert, in  
34 öffentliche Hand gehört. Die Sicherstellung einer regenerativen Energieversorgung als

35 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt daher als oberste Priorität nicht nur im  
36 Kampf gegen die Klimakrise, sondern auch für eine bezahlbare Wärme- und  
37 Stromversorgung und die Unabhängigkeit gegenüber Öl- und Gas-produzierenden Staaten.  
38 Das Ziel muss mittelfristig der Wandel von einer privatisierten, marktorientierten  
39 und fossilen Energieversorgung zu einer öffentlichen, demokratisch-verwalteten und  
40 regenerativen Energieversorgung vor Ort sein.

41 Beteiligung der Bürger\*innen an Energie-Projekten

42 Um mehr Akzeptanz von Energie-Projekten vor Ort in den Städten und Kommunen zu  
43 schaffen, bedarf es einer Miteinbeziehung und Mitbestimmung der Menschen vor Ort.  
44 Dies muss entweder durch Energieprojekte in öffentlicher oder kommunaler Hand  
45 erfolgen oder durch genossenschaftliche Projekte der Bürger\*innen selbst. So lassen  
46 sich einerseits Vorbehalte gegenüber den Projekten, wie beispielsweise  
47 Windkraftanlagen in der Nähe von Ortschaften, die von privaten und anonymen Konzernen  
48 errichten, abbauen, andererseits können die Bürger\*innen auch direkt vom Erfolg der  
49 Projekte profitieren. Des Weiteren können Entscheidungen gemeinsam und demokratisch  
50 getroffen und so die Akzeptanz für die Energiewende gesteigert werden. Der Kampf  
51 gegen die Klimakrise und für eine unabhängige, regenerative Energieversorgung muss  
52 immer unter Einbeziehung und Mitbestimmung der betroffenen Menschen stattfinden!

53 Jährliche Investitionen für eine unabhängige Energieversorgung vor Ort

54 Um die Energie- und Stromversorgung in öffentliche, kommunale oder  
55 genossenschaftliche Hand zu überführen und so krisensicher zu gestalten, benötigt es  
56 Investitionen, die nicht durch die Kommunen selbst gestemmt werden können. Zudem  
57 müssen diese so schnell wie möglich erfolgen, um keine Zeit beim Ausbau einer  
58 regenerativen Energieversorgung zu verlieren. Es werden daher jährliche Investitionen  
59 von 5% des Bruttoinlandsprodukts benötigt, welche zum sofortigen Ausbau einer  
60 öffentlichen, kommunalen und/oder genossenschaftlichen Energieversorgung in den  
61 Städten und Gemeinden genutzt werden können. Diese müssen in den bestehenden Klima-  
62 und Transformationsfonds (KTF) eingezahlt werden, der aktuell nur "insbesondere  
63 Maßnahmen, die geeignet sind, die Transformation Deutschlands zu einer nachhaltigen  
64 und klimaneutralen Volkswirtschaft voranzutreiben"[\[4\]](#), unterstützt. Es werden daher  
65 nur Anreize gesetzt und Investitionen von Unternehmen und Privatpersonen gefördert.  
66 Zudem können auch "energieintensive Unternehmen Zuschüsse erhalten, um  
67 emissionshandelsbedingte Erhöhungen von Strompreisen auszugleichen." Dies führt dazu,  
68 dass Unternehmen mit einer hohen CO<sub>2</sub>-Bilanz die Kosten für die dafür benötigten CO<sub>2</sub>-  
69 Zertifikate praktisch erstatten lassen, was nicht zu einer echten Transformation in  
70 Richtung klimaneutraler Energieversorgung führt. Für die Zukunft dürfen die Gelder  
71 des KTFs nur zum Ausbau einer wirklichen Energiewende nutzbar sein und können daher  
72 nur für den Aufbau, Umbau, die Erweiterung oder Förderung einer regionalen,  
73 regenerativen Energieversorgung in 100%iger öffentlicher, kommunaler oder  
74 genossenschaftlicher Hand ohne Gewinnstreben abgerufen werden. Der KTF muss daher mit  
75 den nötigen Mitteln und Kreditermächtigungen ausgestattet werden, um die benötigten  
76 Investitionen tätigen zu können. Die Energiewende erfordert einen starken, handelnden  
77 und investierenden Staat. Dadurch muss die zukünftige Energiesicherheit  
78 gewährleistet, eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern insbesondere aus

79 Unrechtsstaaten erzielt und Preissteigerungen aufgrund von marktpolitischen  
80 Gegebenheiten verhindert werden. Die Energieversorgung wird so als Teil der  
81 Daseinsvorsorge wieder vollständig in öffentliche Hand überführt und die Energiewende  
82 mit dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern (Öl, Gas, Kohle, Atomkraft)  
83 vorangetrieben. Zudem ist eine Ausweisung von 2% der Landesfläche jedes Bundeslandes  
84 für Windenergie an Land, gemeinsam durch Beteiligung der Menschen vor Ort an den  
85 Projekten nötig. Importe von fossilen Energieträgern aus Unrechtsstaaten müssen  
86 schrittweise reduziert und in Zukunft komplett verboten werden. Auch die  
87 Privatisierung von öffentlicher und genossenschaftlicher Energieinfrastruktur muss  
88 verhindert werden und die Vergesellschaftung von bestehenden privaten  
89 Energieversorgern erfolgen. Um eine Unabhängigkeit der gesamten Europäischen Union  
90 von fossilen Energielieferungen und ein vollständige Klimaneutralität zu erreichen,  
91 bedarf es zudem einer Ausweitung des Modells auf EU-Ebene. Es muss das gemeinsame  
92 Ziel sein, dass die Menschen durch eine Abgabe von Wärme und Strom zum günstigen  
93 Selbstkostenpreis und Entkopplung der Preise vom nationalen und internationalen  
94 Energiemarkt profitieren. Die Energiewende muss sozial-gerecht erfolgen und darf  
95 nicht zum Profit weniger führen!

96 Klimagerechtigkeit schaffen

97 Die weltweite Verteilung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zeigt die Ungerechtigkeit der Klimakrise.  
98 Während die G20-Staaten für 81% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2021  
99 verantwortlich waren<sup>[5]</sup>, treffen die Auswirkungen der Klimakrise insbesondere die  
100 ärmsten Länder und Menschen zuerst. Die reichsten 1% der Weltbevölkerung verursachten  
101 im Jahr 2019 mit 16,9% mehr als die ärmsten 50% der Weltbevölkerung mit 11,5%.<sup>[6]</sup>  
102 Diese Zahlen zeigen, dass der menschengemachte Klimawandel nicht nur eine  
103 ökologische, sondern auch eine soziale Krise ist und die soziale Ungerechtigkeit  
104 einmal mehr verdeutlicht. Reiche und Superreiche sind auch in den Industrieländern  
105 mit ihrem exzessiven Konsum um ein Vielfaches klimaschädlicher als Ärmere. Dieses  
106 klimaschädliche Verhalten können wir uns nicht mehr leisten, daher muss das  
107 Privatvermögen der Superreichen durch Vermögensabgaben und Klimasteuern auf ein  
108 klimaverträgliches Maß herunter geschrumpft werden. Auch die Unternehmensvermögen der  
109 fossilen (Energie-)Konzerne müssen daher reduziert werden, da dieser Wohlstand auf  
110 dem Rücken des Klimas erwirtschaftet wurde. Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch  
111 der Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit. Für uns Jusos ist daher klar: Die  
112 Bekämpfung der Klimakrise muss sozial-gerecht und durch politische Maßnahmen erfolgen  
113 und ist keine private, individuelle Entscheidung von Einzelpersonen. Klimakampf  
114 bedeutet Klassenkampf!

115 <sup>[1]</sup>

116 [https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/klimakonferenz-cop27-eu-abschlusserklarung-  
117 klimawandel-101.html](https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/klimakonferenz-cop27-eu-abschlusserklarung-klimawandel-101.html)

118 <sup>[2]</sup>

119

120 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/  
121 \\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/_inhalt.html)

121 <sup>[3]</sup>

122 [https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/energiekonzern-rwe-steigert-gewinn-  
deutlich/28800410.html](https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/energiekonzern-rwe-steigert-gewinn-<br/>123 deutlich/28800410.html)

124 [\[4\]](#)

125 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-sondervermoegen-energie-  
klima-891886](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-sondervermoegen-energie-<br/>126 klima-891886)

127 [\[5\]](#)

128 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-  
energie/umwelt/G20\\_CO2.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-<br/>129 energie/umwelt/G20_CO2.html)

130 [\[6\]](#)<https://www.nature.com/articles/s41893-022-00955-z>

131 [\[7\]](#)

132 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-  
energie/umwelt/G20\\_CO2.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-<br/>133 energie/umwelt/G20_CO2.html)

## Antrag U04: Still und starr ruht die Schneekanone

<b>Antragsteller/in:</b>	Jusos München-Stadt
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	U - Umwelt und Energie

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Jusos Oberbayern, Jusos Bayern, SPD Oberbayern, SPD Bayern
- 2 Wir fordern ein Verbot von künstlicher Beschneigung, sowie des Einsatzes von
- 3 Sitzheizungen in Liften in allen Skigebieten Bayerns mit sofortiger Wirkung. Als
- 4 Ausgleich für Einnahmeausfälle, die teilweise existenzbedrohend sein können, soll es
- 5 kurzfristige Sonderhilfen für die Skigebiete geben, die eine Umstellung auf sanften
- 6 Tourismus ermöglichen.
- 7 Langfristig wollen wir eine Transformation des Alpentourismus erreichen. Deshalb soll
- 8 Nachhaltigkeit ein Kriterium für Mittel aus der Seilbahnförderung werden – zum
- 9 Beispiel durch Umstellung auf Ganzjahrestourismus oder Ausbau der Erreichbarkeit mit
- 10 dem ÖPNV. Künstliche Beschneigung soll nicht weiter mit diesen Mitteln gefördert
- 11 werden.



## Antrag U05: Wasserversorgung sicherstellen

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt und Energie

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag,
- 2 SPD Landesparteitag

3 Wasser ist ein knappes, wertvolles und lebensnotwendiges Gut. Durch die Verschärfung  
4 und das Voranschreiten der Klimakrise stehen wir in naher Zukunft sowohl  
5 international als auch in unserer Nachbar\*innenschaft Auseinandersetzungen um Wasser  
6 bevor. Deshalb ist es für uns wichtig, politische Antworten zu finden und frühzeitig  
7 die Weichen zu stellen, dass Wasser auch langfristig in guter Qualität für die  
8 jeweilig notwendigen Zwecke zur Verfügung steht.

### 9 **Trinkwasser als lebensnotwendiges Gut in hoher Qualität sichern**

10 Die Bereitstellung von Trinkwasser ist ein essenzieller Teil der staatlichen  
11 Daseinsvorsorge. Dieses oberste Gebot der öffentlichen Trinkwasserversorgung darf  
12 nicht in Frage gestellt werden. Privatisierung und Entstaatlichung stellen wir uns  
13 immer klar entgegen. Besonders im Fall von Trinkwasser, denn wir wollen  
14 eine krisenfreie Wasser-Versorgung zukünftiger Generationen sicherstellen.

### 15 **Schutz von Wasservorkommen und lokale Wasserversorgung**

16 Für uns ist klar, dass Trinkwasser in Bayern dort angeboten werden muss, wo es auch  
17 herkommt. Regionalität ist dazu die vorderste Prämisse. Das Wasserhaushaltsgesetz in  
18 Kombination mit der Bayerischen Gemeindeordnung setzen diese ortsnahe  
19 Trinkwasserversorgung durch die Kommunen bereits um.

20 Wir wollen, dass auch weiterhin Trinkwasser bevorzugt aus **besonders geschütztem**  
21 **Grundwasser in der Region** der Verbraucher\*innen gewonnen und **möglichst naturbelassen**  
22 **zu niedrigen und immer bezahlbaren Preisen** geliefert wird. Dieser Vision folgend,  
23 muss auch unter den künftigen Herausforderungen Trinkwasser in ausreichender Menge  
24 und einwandfreier Beschaffenheit durch eine naturnahe Wassergewinnung bereitgestellt  
25 werden.

26 Zum Schutz vor Einträgen müssen **mehradäquate Wasserschutzgebiete in Bayern**  
27 ausgewiesen oder an lokale Bedingungen angepasst werden. Darüber hinaus müssen  
28 Wasserschutzgebiete dauerhaft erhalten werden. Nur so kann eine ortsnahe  
29 Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Dazu braucht es aber nicht nur die  
30 Ausweisung von Schutzgebieten sondern auch entsprechende **Kontrollsysteme** mit  
31 entsprechender **Personalausstattung**, die wir für die Kommunen einfordern. Die  
32 Festsetzungsverfahren von Wasserschutzgebieten muss durch neue administrative und  
33 rechtliche Strukturen deutlich **beschleunigt** werden. Hier ist auch der Schutz vor

- 34 Nitratverseuchung zu berücksichtigen, dafür braucht es strikte Düngeverordnungen.  
35 Darüber hinaus setzen wir uns für die Senkung der zulässigen Nitratkonzentration und  
36 PFOA-Konzentration im Trinkwasser ein.
- 37 Um die Wasserentnahme zukunftssicher zu gestalten, müssen bestehende **Bewilligungen**  
38 **zur Wasserentnahme** angesichts der Klimafolgen entsprechend angepasst und aktualisiert  
39 werden.
- 40 Bei der Frage der Wassergewinnung fordern wir, dass das Ziel, gleichwertige  
41 Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu erreichen, nicht aus den Augen verloren wird.  
42 Nicht einzelne ländliche Landkreise und Kommunen sollen durch ihre Wasservorkommen  
43 nur mehr belastet werden und ihre Möglichkeiten und die Lebensqualität der  
44 Bürger\*innen eingeschränkt werden, während Städte und Metropolregionen profitieren.  
45 Es braucht deshalb Mitsprache für Landkreise und Kommunen bei der Ausweisung von  
46 Wasserschutzzonen. Für die Entnahme von Wasser müssen die betreffenden  
47 Gebietskörperschaften angemessen entschädigt werden, sodass Nachteile ausgeglichen  
48 und Mehrkosten aufgefangen werden können. Die Wassergewinnung einer Metropolregion  
49 muss zudem diversifiziert und auf mehrere Schultern verteilt werden.
- 50 Das Konzept einer naturnahen Wassergewinnung via **Uferfiltrat** **sehen wir kritisch**,  
51 solange es keine deutliche Reduktion von Einträgen chemischer Stoffe aus Einleitungen  
52 wie kommunalen Kläranlagen oder Quellen wie Agrarchemikalien, Luftimmissionen und  
53 Altlasten in die Oberflächengewässer gibt. Der Eintrag von Stoffen muss konsequenter  
54 abgewendet werden. Landwirtschaftliche Einträge, insbesondere Stickstoff, verseuchen  
55 jetzt schon vielerorts das Trinkwasser aufgrund zu hoher **Nitratkonzentrationen**. Auch  
56 der Eintrag von Stoffen wie **PFOA** durch die chemische Industrie ins Trinkwasser ist in  
57 Bayern Realität. Dem muss entschlossen entgegengewirkt werden. Dort, wo Stoffe wie  
58 PFOA im Trinkwasser nachgewiesen werden können, muss die Aktivkohlefilterung  
59 sichergestellt werden.
- 60 Wo immer Einträge entstehen oder entstanden sind, sind die Kosten der Aufbereitung  
61 des Wassers entsprechend dem **Verursacher\*innenprinzip** zu organisieren. So sollen  
62 beispielsweise Industrieunternehmen, die für Stoffe im Wasser verantwortlich sind,  
63 für die Kosten aufkommen.
- 64 **Wasserverteilung regeln, zusätzliche Wasserquellen erschließen**
- 65 Wir wollen das Wasser trotz der klimatischen Veränderungen als **Grundversorgung** für  
66 alle Menschen zur Verfügung steht. Jedoch ist uns auch bewusst, dass angesichts einer  
67 zunehmenden Verknappung von Wasser in vielen Regionen es auch rigorosere  
68 **Wassersparmaßnahmen** braucht. Diese Maßnahmen müssen zuerst in der **Landwirtschaft und**
- 69 **Industrie** umgesetzt werden, da sie den größten Hebel darstellen.
- 70 Um Nutzungskonflikten von Trink- und Brauchwasser vorzubeugen, wollen wir die  
71 Möglichkeiten der Substitution von Teilmengen durch **Regenwasser oder recyceltes**  
72 **Wasser** verstärken. Wir wollen den Bau von Regenwasserzisternen für urbane  
73 Bewässerungszwecke vorantreiben. Bei Neubaumaßnahmen muss der örtliche  
74 **Bebauungsplan**  
74 in Gebieten mit Wasserknappheit Regenwasserzisternen enthalten. Wo möglich sollen im

75 bestehenden urbanen Raum Regenwasserzisternen nachgerüstet werden.

76 Bayern braucht einen Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft. In Zukunft braucht es  
77 eine regionale Wasserbewirtschaftungsplanung. Diese muss auch zwischen verschiedenen  
78 Sektoren vermitteln, insbesondere Gewerbe, Industrie, Schifffahrt, Stromerzeugung und  
79 Landwirtschaft müssen neu gedacht werden, um die Trinkwasserversorgung in keinem Fall  
80 zu gefährden. Auch deshalb erteilen wir der **kommerziellen Vermarktung** von Wasser,  
81 insbesondere von **Tiefenwasser** und Wasser aus schwer erneuerbaren Vorkommen eine klare  
82 Absage.

83 Die Wassersicherheit basiert immer auf den natürlichen erneuerbaren Wasservorkommen,  
84 welche durch **unabhängige und redundante Standbeine** in der Versorgung abgesichert  
85 sind. Neben regionalen Versorgungsstrukturen wollen wir als Rückfallebene auch  
86 überregionale Verbünde, wie **Fernwasserversorgungen**, um lokale Engpässe auszugleichen.  
87 Deshalb setzen wir uns in Bayern für die Etablierung kommunaler  
88 Wasserversorgungsverbände ein und stärken die interkommunale Zusammenarbeit.  
Außerdem

89 wollen wir über die Bundesländergrenze hinaus Notüberleitungen etablieren, um in  
90 Härtefällen Kapazitäten besser zu verteilen.

91 Um die überregionale Zusammenarbeit zu verbessern und um die über 2000 einzelnen  
92 Unternehmen, die an der Wasserversorgung beteiligt sind zusammenzubringen, braucht es  
93 zusätzlich zu den lokalen Wasserbewirtschaftungsplanungen auch einen  
94 Landeswasserversorgungsplan.

95 Die Wasser-Infrastruktur der einzelnen Gemeinden ist größtenteils mehrere Jahrzehnte  
96 alt. Der Freistaat muss hier ein Wasserinfrastrukturmodernisierungs-Förderprogramm  
97 aufbauen, um Investitionsstau zu vermeiden und sicherzustellen, dass die  
98 Wasserversorgung in den Kommunen zukunftssicher ist.

99 **Schwammstadt und Schwammdorf – Wasserversorgung in der Stadtentwicklung und**  
100 **Bauplanung mitdenken**

101 Wir setzen uns für die sogenannte **Schwammstadt** und das **Schwammdorf** ein. Die  
102 Schwammstadt verbessert gleichzeitig das Stadtklima, die Biodiversität sowie die  
103 Möglichkeit, sich in der Stadt zu erholen und Natur zu erleben. Sie trägt dadurch zu  
104 Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen.

105 In der „Schwammstadt“ bzw. dem „Schwammdorf“ werden Niederschläge – soweit möglich –  
106 direkt dort wo sie anfallen, in Grünflächen gespeichert, gereinigt, versickert,  
107 verdunstet oder wiederverwendet, etwa zur Bewässerung. Dazu muss das bestehende  
108 Kanalnetz angepasst werden. Entscheidend für die Umsetzung der Schwammstadt ist eine  
109 verbesserte und frühzeitigere **Integration der Wasserwirtschaft in die**  
110 **Stadtentwicklungsplanung** mit ihren Bezügen zur Bauleitplanung, Landschaftsplanung und  
111 Raumordnung.

112 Die Umgestaltung zur Schwammstadt betrifft alle Siedlungsbereiche. **Vordringlich**  
113 **müssen aber hochversiegelte Bereiche**, wie Innenstädte, Gewerbe- und  
114 Industriegebiete behandelt werden. Für die Umsetzung der **Schwammstadt** sind **grüne**  
115 **Freiräume** als eine unverzichtbare **grüne Infrastruktur** zu entwickeln. Die grüne

116 Infrastruktur bezieht alle öffentlichen und privaten Freiflächen ein.

117 Dem Schutz und der Entwicklung der städtischen **Baumbestände** muss dabei, wegen ihrer  
118 hohen klimatischen Leistungen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir  
119 wollen, dass grüne Infrastruktur zur **kommunalen Pflichtaufgabe** wird und  
120 im Landesentwicklungsprogramm verankert ist. Der Freistaat soll auf **eine Anpassung**  
121 **der Bau- und Wasserhaushaltsgesetzgebung** des Bundes hinwirken. Vor allem sollten in  
122 Bayern gesetzliche Vorgaben geschaffen werden, um die Umsetzung des  
123 Schwammstadtkonzepts zu beschleunigen und Hindernisse abzubauen. Die Einführung eines  
124 wasserwirtschaftlichen Begleitplans soll dazu als Maßgabe vom Freistaat etabliert  
125 werden, um eine wasserbewusste Bauleitplanung zu gewährleisten.

126 Einträge von umweltschädlichen Stoffen in den Wasserkreislauf, wie z. B. durch  
127 Zigaretten oder gewerblicher Abfallprodukte sollen gegen Null verringert werden. Dazu  
128 müssen **Maßnahmen zur Nullemission** bei den Verursacher\*innen – sowohl  
129 Direkteinleiter\*innen als auch Indirekteinleiter\*innen – etabliert werden. Das gilt  
130 ebenso für eine weitergehende Abwasserbehandlung. Durch diese Maßnahmen kann  
131 qualitativ hochwertiges Nutzwasser als eine **unabhängige alternative Wasserressource**  
132 **für Bewässerung und andere Brauchwassernutzungen/Grauwassernutzung** zur Verfügung  
133 gestellt werden.

134 Die **Prinzipien der Kreislaufwirtschaft** müssen auch im Bereich der Wasserwirtschaft  
135 konsequent befolgt werden. Sachgerechte Wiederverwendung oder Nutzung von Regenwasser

136 bieten alternative Ressourcen für die Bewässerung landwirtschaftlicher und urbaner  
137 Flächen. Eine weitere Zunahme der **Flächenversiegelung muss stark eingeschränkt werden**  
138 . Die Festsetzung von „**Grünkennwerten**“, die für die unterschiedlichen  
139 Siedlungsgebiete angibt, wie hoch der verpflichtende Anteil von Grünflächen mit  
140 quantifizierbaren ökologischen Leistungen sein muss, um sinnvoll wirksam zu sein,  
141 muss für Kommunen verbindlich werden. In Gebieten mit Wasserknappheit sollte bei  
142 städtischen, gewerblichen und privaten Neuplanungen ein **innerhäusliches**  
143 **Brauchwassersystem und der Ausbau einer dezentralen Regenwasserspeicherung**  
144 verpflichtend vorgeschrieben werden.

## Antrag V01: Erhöhung der Anwohnerparkgebühren in Bayern als kommunales Steuerungswerkzeug

Antragsteller/in:	Jusos Ingolstadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	V - Verkehr und Mobilität

Die Versammlung möge beschließen:

1 Aktuell betragen bayernweit die Kosten für einen Bewohnerparkausweis zwischen 10,20  
2 und 30,70 € pro Jahr und pro Fahrzeug. Anwohner\*innen städtischer Quartiere können  
3 einen solchen Bewohnerparkausweis von der Kommune ausstellen lassen, wenn deren  
4 Parkraum wegen erheblichem Parkraumangel bewirtschaftet wird. Die extrem geringen  
5 monatlichen Kosten von 0,85 bis 2,56 € pro Monat sind ein viel zu niedriger Preis für  
6 die Belegung von meist kostbarem innerstädtischem öffentlichem Raum und nehmen den  
7 Kommunen jegliche finanzielle Steuerungsmöglichkeit zur Verlagerung von Parkverkehr  
8 an einen anderen Ort wie beispielsweise Parkhäuser und Tiefgaragen. Andere  
9 Bundesländer wie beispielsweise Baden-Württemberg haben die im Jahr 2020 erfolgten  
10 Änderungen im Straßenverkehrsgesetz (StVG) bereits genutzt, um rechtliche  
11 Rahmenbindungen für eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren durch die Kommunen zu  
12 gewähren.

13 Aus sozialer Perspektive ist der Versuch Verhaltensweisen von Bürger\*innen über  
14 Preispolitik zu verändern immer kritisch zu hinterfragen und einzuordnen.  
15 Grundsätzlich präferieren wir daher bauliche Veränderungen, die auf alle Bürger\*innen  
16 ähnliche Auswirkungen haben. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, die  
17 Parkgebühren selbst - auch für unterschiedliche Gebiete unterschiedlich -  
18 festzulegen, dabei ist es aber immer auch wichtig, die Einkommens- und  
19 Vermögenssituation zu berücksichtigen.

20 Daher fordern wir:

- 21 • Durch eine bayrische (Delegations-)Verordnung sollen die rechtlichen  
22 Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche es den Kommunen ermöglichen,  
23 deutlich höhere Tarife für Bewohnerparkausweise zu verlangen. Der öffentliche  
24 Raum in Innenstädten ist viel zu kostbar, um weiträumig als billigster Parkraum  
25 genutzt zu werden. Diese Preiserhöhungen sollen dabei Menschen mit  
26 eingeschränkter Mobilität nicht einschränken. Darüber hinaus braucht es  
27 Ausnahme- und Befreiungsregelungen für Menschen mit geringem Einkommen.
- 28 • Die Anzahl der vergebenen Parkausweise soll auch durch eine Vergabepaxis der  
29 Kommunen nach klareren Kriterien reduziert und stärker kontrolliert werden. Zur  
30 Beantragung für eine Person mit Wohnsitz in einem der betroffenen Stadtgebiete  
31 zusätzlich zum Fahrzeugschein/Haltererklärung/Leasingvertrag soll ein Nachweis  
32 des fehlenden privaten Parkgrundes erforderlich werden. Auch soll es Zielsetzung  
33 sein, dass nur ein Bewohnerparkausweis pro Haushalt herausgegeben wird. Die

- 34 Umsetzung sozialverträglicher Preisstaffelungen ausgehend von der  
35 Fahrzeuggröße/Flächenverbrauch soll geprüft werden.
- 36 • Den Kommunen soll damit auch ein Werkzeug bereitgestellt werden, um die Anzahl  
37 der Anwohnerstellplätze im öffentlichen Raum kontinuierlich zu reduzieren oder  
38 zu verlagern und den gewonnenen Raum aufzuwerten. Die Aufwertung des öffentlichen  
39 Raums soll dabei nach Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und des Stadtklimas  
40 erfolgen. Die finanziellen Mittel hierzu sollen auch durch die erhöhten  
41 Einnahmen aus Parkgebühren erbracht werden.
  - 42 • Die Erhöhung der Anwohnerparkgebühren muss durch eine Neuordnung des  
43 innerstädtischen Straßenraums begleitet werden. Lebenswerte urbane Umgebungen  
44 entstehen durch den Ausschluss von Pkw und die Förderung klimafreundlicherer und  
45 sozialerer Verkehrsmittel wie dem ÖPNV, dem Radverkehr und vor allem den  
46 Fußgänger\*innen. Weggefallene Parkplätze sollen durch geeignete Begrünung  
47 (beispielsweise Mikrowälder), durch Sitzgelegenheiten (auch Parklets), durch  
48 Außengastronomie und durch Abstellmöglichkeiten umweltfreundlicherer  
49 Verkehrsmittel ersetzt werden.

## Antrag W01: Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat\*innen: *Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskongress der Jusos*
- 2 *Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, Juso Bundeskongress*

### 3 **Deutschland ist ein Ungleichland**

4 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und  
5 große Teile der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere  
6 zwischen arm und reich aufbrechen. Dabei muss ganz klar eine Umverteilung von den  
7 oberen 10% zu den unteren 90% erfolgen. Wir erkennen auch an, dass ostdeutsche  
8 Bundesländer von dieser Ungleichheit noch stärker betroffen sind und auch in dieser  
9 Richtung eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden muss.

10 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen und  
11 nicht nur wenigen die besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und  
12 Mitbestimmung zu gönnen.

13 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung  
14 entgegenzuwirken. Trotzdem möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus  
15 erreichen und kämpfen auch weiter für eine wirklich kostenlose Bildung, gerechtere  
16 Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire Rente und das Ende des Kapitalismus.

17 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer  
18 sozialistischen Gesellschaft spielt. Er bezieht sich aus einer reformistischen Sicht  
19 auf die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in der gesellschaftliche Teilhabe sehr  
20 eng mit Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen für diejenigen, die  
21 aktuell vermögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen bei,  
22 dieser Effekt ist explizit erwünscht und beabsichtigt.

### 23 **Vermögensungleichheit- warum sich etwas ändern muss**

24 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den  
25 Großteil des Nettovermögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder  
26 Unternehmensanteile. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35% des  
27 gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10% der Bevölkerung kontrollieren  
28 über zwei Drittel des Vermögens.

29 73% der Millionär\*innen sind Selbstständige, kaum abhängig Beschäftigte und nur  
30 wenige Angestellte, davon fast alle aus leitenden Positionen. Beschäftigte haben kaum

31 eine Möglichkeit, allein durch ihren Lohn Rücklagen aufzubauen oder gar Immobilien zu  
32 erwerben.

33 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der Haushalte  
34 mit dem höchsten Nettovermögen verfügen 92% über vermietete Immobilien, die 20% mit  
35 dem niedrigsten Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei sind mehr als 70% der  
36 vermieteten Immobilien in der Hand der 10% reichsten Haushalte. Die  
37 Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in Deutschland. Nur  
38 42% der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in Ostdeutschland sogar  
39 nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen hingegen Mietwohnungen, die sie in den meisten  
40 Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft finanzieren konnten.

41 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den  
42 patriarchalen, rassistischen und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend,  
43 die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Die meisten Personen, die über ein  
44 Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca. 3 Millionen Euro verfügen, sind  
45 männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus Westdeutschland. Nur 6%  
46 der Millionär\*innen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen Migrationshintergrund  
47 und 31% sind Frauen.

48 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund:  
49 Vererbung ist der einfachste Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro werden  
50 (nach Berechnungen) jährlich in Deutschland vererbt oder verschenkt. Vererbung ist  
51 daher Ursache der Ungleichheit, zementiert diese und verschärft sie immer weiter.

52 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück  
53 hatte, über Dekaden von keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die  
54 eigene wirtschaftliche Zukunft keine Gedanken machen.

55 Die Ungleichverteilung des Erbe hängt dabei immer mit wiederkehrenden  
56 gesellschaftlichen Problemen zusammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von  
57 patriarchalen und rassistischen Strukturen, die sich über die vergangenen Jahrzehnten  
58 bis heute konstant halten. Männer erben häufiger als Frauen, weil besonders große  
59 Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt werden. Nur Familien,  
60 die keinen historischen Bruch, durch Flucht oder Vertreibung, und keine systemische  
61 und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren haben, können vererben. Und auch die  
62 Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger wenige, zumeist  
63 Westdeutscher, auf die Kosten vieler Ostdeutscher haben Ungleichheiten verursacht,  
64 die bis heute nicht beseitigt werden konnten.

65 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren  
66 Lebensunterhalt sorgen, sondern können mit einem Erbe über Immobilien, Vermögenswerte  
67 oder Unternehmensanteile rechnen. Dabei verdienen sie anschließend vom Grundbedürfnis  
68 Wohnen anderer Menschen und von deren Arbeitskraft, um ihr Vermögen weiter  
69 auszubauen.

70 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der  
71 Gesellschaft wird durch die Vermögensanhäufung einiger weniger massiv eingeschränkt.  
72 Sich durch Erwerbsarbeit über das Verdienst des Lebensunterhalts hinaus Rücklagen  
73 aufzubauen wird immer schwieriger, für weite Teile der Gesellschaft unmöglich.



74 Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der größten Ungerechtigkeit. Die  
75 einen müssen sofort auf eigenen Füßen stehen, die anderen schweben über den Dingen.  
76 Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind für die meisten nicht aufzuholen, erst  
77 recht nicht durch Lohnarbeit.

78 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage des  
79 Erbes einen großen Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen,  
80 Bildungsabschlüsse anhäufen bzw. ausbauen und sich dauerhaft weiterbilden. Die  
81 anderen müssen auf den schnellstmöglichen Abschluss setzen, möglichst schnell Geld  
82 verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und gut bezahlte Arbeit.

83 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein  
84 enormer Vorsprung: Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können  
85 problemlos weitere aufbauen, die anderen leben von ihrer Arbeit und können keine  
86 Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen Zeiten auffangen. Vermögen reproduziert  
87 sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete bezahlen müssen, können  
88 andere, die eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen und den Gewinn  
89 reinvestieren.

90 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch irgendwann  
91 erarbeitet wurde und den Menschen daher zusteht. Bei vielen Unternehmen – darunter  
92 beispielsweise BMW – ist das Vermögen mitunter auch ein Ergebnis von Ausbeutung.  
93 Viele große Industrieunternehmen haben in der NS-Zeit Zwangsarbeiter\*innen  
94 beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte angehäuft.

95 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als  
96 sozialistischer Verband nicht tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch  
97 das Glück der vermögenden Geburt in vermögend und weniger privilegiert zu  
98 unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der Chancengerechtigkeit und den Zielen des  
99 demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen Frieden und den Zusammenhalt  
100 unserer Gesellschaft und führt zu großen Spannungen in der Gesellschaft einerseits  
101 und zu großer Unzufriedenheit und Belastung Einzelner andererseits.

## 102 **Grunderbe - ein guter Start in das selbstbestimmte Leben**

103 *Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst*  
104 *chancengerecht zu gestalten, fordern wir die Einführung eines Grunderbes.*

105 Jeder Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse  
106 Mindestzahl an Jahren in Deutschland gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den  
107 Fixbetrag von 60.000€ ausbezahlt. Der Betrag soll an die Inflation angepasst werden.  
108 Das bedeutet: Sinkt der Geldwert, steigt auch der Betrag des Grunderbes an.

109 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€ und  
110 möchte auch die Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien zeigen, dass man  
111 nur durch ein höheres Grunderbe merkbare Unterschiede in der Umverteilung wahrnimmt  
112 und erst ab diesem Betrag auch langfristige wirtschaftliche Reaktionen erkennbar  
113 sind.

114 **Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst**

115 **entscheiden dürfen, wann und für was sie es ausgeben wollen.**

116 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft zu  
117 treffen und dürfen ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der Umgang mit  
118 Geld sollte in der Schule und in der weiteren Ausbildung thematisiert werden, sodass  
119 schon Kinder und Jugendliche sich dessen bewusst sind.

120 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren Chancen  
121 in das Leben zu starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen Weg sie in  
122 ihrem Leben gehen möchten. Viele junge Menschen müssen sich heute zwischen ihren  
123 Interessen in der Weiterbildung und einem Job, der ihnen die Lebensgrundlage sichert,  
124 entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach Mobilität, Flexibilität und Freiheit werden  
125 durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem Grunderbe können junge Menschen  
126 ihren Bildungsweg freier gestalten und ihr Potenzial bestmöglich gestalten. So kommen  
127 wir einem gerecht verteilten Zugang zu Bildung und Qualifikation näher.

128 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man  
129 beispielsweise ein Auslandssemester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und zum  
130 Ausbau von interkultureller Kompetenz wahrnehmen möchte, all das wird dank einem  
131 Grunderbe möglich genauso wie die Finanzierung einer Ausbildung oder des Meisters.

132 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von Rücklagen und  
133 damit für die Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir lehnen eine  
134 Vermögenanhäufung durch Privatpersonen ab, sehen aber die Bildung von Rücklagen als  
135 legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten von staatlichen Sozialstrukturen zu verhindern,  
136 um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für Lebensphasen, in denen Personen weniger  
137 arbeiten wollen oder können, bieten Rücklagen Flexibilität und Planbarkeit. Zudem  
138 können Investitionen besser geplant und getätigt werden, wenn Rücklagen absichern  
139 können. Soziale Mobilität, selbstbestimmtes Leben und Abfedern von unplanbaren  
140 Umständen können so erleichtert werden.

141 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft  
142 umzuverteilen. Wie im ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele  
143 besitzen wenig. Diese Kluft kann durch das Grunderbe verkleinert werden.

144 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch den  
145 Übertrag von Immobilien und Unternehmen konsequent, so kann diese Umverteilung  
146 konsequent beschritten werden und die benötigte Summe für die Auszahlung eines  
147 Grunderbes von 60.000€ problemlos abgebildet werden.

## 148 **Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren** 149 **wollen**

150 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel um Umverteilung zu erreichen.  
151 Vermögen, die von einer Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv  
152 versteuert werden. Durch das Geld, das durch eine reformierte Erbschaftssteuer  
153 eingenommen werden kann, wollen wir das Grunderbe finanzieren.

154 Gegen (hohe) Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten  
155 ins Feld geführt. Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und

156 die Besteuerung von Erbmasse aus Motiven der Gerechtigkeit und Solidarität  
157 unabdingbar.

### 158 **Mittel der Umverteilung**

159 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind zu  
160 sein. Erbe basiert nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon in  
161 seiner Kindheit durch (häufig) bessere Unterstützung im Bildungsweg, mehr  
162 Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und höheren Lebensstil profitiert hat.

163 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für  
164 den Rest ihres Lebens absichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen diese  
165 für andere, die das Glück des Erbens nicht hatten, existentiell ist und eine  
166 Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz Anstrengungen nicht ermöglicht.

167 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte.  
168 Auch wenn sie dieses erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die  
169 Empfänger\*in hat für diese Zuwendung nichts getan, profitiert aber ebenso von den  
170 infrastrukturellen und staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Aufbau  
171 und die Weitergabe des Vermögens ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht, dass  
172 sie dem Staat und damit der Gesellschaft etwas zurückgibt und damit die Schaffung und  
173 den Erhalt von Infrastruktur und staatlichen Systemen unterstützt.

174 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine  
175 Immobilie vererben oder die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben,  
176 auch im Gedanken daran, die eigenen Nachkommen zu unterstützen. Vielmehr sollen die  
177 Erbschaften in den Fokus genommen werden, die sich über massive Vermögenswerte,  
178 Immobilien und Unternehmensanteile erstrecken und die Erbenden für ihr gesamtes Leben  
179 versorgen. Besonders solche Erben werden aktuell kaum bzw. viel zu wenig von der  
180 Erbschaftssteuer tangiert. Denn gerade die, die ansonsten den radikalen  
181 Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr Chancengerechtigkeit und  
182 weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen Maßnahmen aus.

### 183 **Erbschaftssteuer ein zahloser Tiger**

184 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahloser Tiger, d.h. sie erzielt nicht die  
185 notwendigen Umverteilungsmaßnahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn gerade  
186 die, die viel erben, zahlen wenig Steuern.

187 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete  
188 Lohnarbeit. Berechnet man aus der Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden  
189 Euro) und der tatsächlich eingenommenen Summe an Erbschaftssteuer (11 Milliarden  
190 Euro), so ergibt das, dass 2021 im Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt wurde.

191 Das liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil des tatsächlich vererbten  
192 Nettovermögens auch vom Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden) und zum anderen  
193 daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt bezahlt wurden.

194 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar  
195 nicht besteuert. Dabei sind es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die  
196 nicht adäquat besteuert werden. Das Szenario, dass Betriebe vererbt werden und im

197 Anschluss die halbe Belegschaft entlassen müssen, ist nicht realistisch, stattdessen  
198 werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt. Durch die Steuer auf Immobilien-  
199 Erbe ist aktuell mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder der vermietete  
200 Wohnblock betroffen.

#### 201 **neu denken - konsequent und gerecht**

202 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie die  
203 Erbschaften auf Unternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu besteuern.

204 ***Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den Blick zu***  
205 ***nehmen.***

206 Besonders Anteilseigner\*innen bei Holdings oder an Aktiengesellschaften müssen im  
207 Falle eines Erbes deutlich stärker zur Kasse gebeten werden.

208 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die  
209 Erbschaftssteuer muss erhöht werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt  
210 werden, allerdings gemessen an der Größe der Unternehmen, insgesamt geringer als  
211 bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre Betriebsstrukturen demokratisieren.  
212 So erhalten die Mitarbeiter\*innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Teilhabe.

213 Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass die  
214 Erbschaftssteuer auf Betriebe über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und dabei  
215 der Erfolg/Misserfolg der Unternehmen zu einer Erhöhung/Reduzierung der Steuersumme  
216 führt.

217 ***Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von***  
218 ***Immobilieigentum.***

219 Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien gekoppelt werden, sodass eine  
220 Immobilie, die selbst bewohnt wird, bis zu einer gewissen Größe zu verminderter  
221 Erbschaftssteuer und großzügigen Freibeträgen vererbt werden kann.

222 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten (z.  
223 B. KfW-Kredite) ermöglichen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen Kredite  
224 im Grundbuch gesichert werden. So soll der Staat oder die Kommune eine Möglichkeit  
225 zum preisgünstigen Erwerb erhalten, sollte der Kredit nicht zurückgezahlt werden  
226 können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches, preislimitiertes  
227 Vorkaufsrecht eingetragen werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel abzusichern  
228 und auszugleichen, die zugunsten von Privateigentum gewährt werden.

229 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieneigentum und einem  
230 Fokus auf die Gesamtanzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden,  
231 dass nicht die Familien, die eine Immobilie weitergeben möchten, diese verkaufen  
232 müssen, sondern tatsächlich große Immobilienerbschaften vermehrt in den Blick  
233 genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen eben nicht den Erhalt von Omas  
234 Einfamilienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie bleiben soll. Dieses  
235 Argument wird in der aktuellen Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen zu  
236 verhindern, die auf Multimillionär\*innen abzielen.

237 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare Mieten

238 gekoppelt sein. Allerdings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den  
239 Erstwohnsitz gelten, wodurch die Erbschaftssteuer bei allen weiteren, nicht als  
240 Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften erhöht wird. Bei vermieteten  
241 Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug die Miete bezahlbar  
242 ist und bleibt und dies grundbuchlich gesichert wird.

243 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im Grundgesetz  
244 enthaltenen Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir erteilen  
245 diesen Vorschlag daher eine klare Absage. Eine Regionalisierung der Freibeträge und  
246 Steuersätze wie von der CSU gefordert würde dazu führen, dass in reichen Ländern wie  
247 Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies widerspricht jedoch dem Ansatz eines  
248 progressiven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in Anspruch zu nehmen.

249 Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere Steuervergünstigungen  
250 auch in den "ärmeren" Bundesländern öffnen und die geforderte bundesweite Regelung  
251 aushöhlen.

252 ***Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst***  
253 ***werden und diese Besteuerung progressiv erfolgen muss.***

254 ***Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamt Höhe des geerbten Nettovermögens im Leben***  
255 ***der Person beschränkt werden.*** Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-Erbschaften nur  
256 bis zu einer gewissen kumulierten Gesamtsumme möglich.

## 257 **Vermögensumverteilung - weil der Start nicht der ganze** 258 **Lauf ist**

259 Im Laufe des Lebens kommt jede\*r immer wieder in Situationen, in denen die  
260 Ungleichheit die Person direkt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die  
261 das Grunderbe wirken kann, gibt es auch andere Lösungsansätze, die in Teilen schon  
262 bestehen und ausgebaut werden müssen oder die wir seit Jahren fordern. Das Grunderbe  
263 ersetzt weder BAFöG noch Rente, weder staatlichen Wohnungsbau, noch Kindergeld. Es  
264 dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen, sondern muss  
265 eingepflegt werden in einen Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die massive  
266 Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur mit einem engmaschigen Netz an  
267 Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen wirken, können wir  
268 Umverteilung erreichen und verhindern, dass die erwünschten Effekte des Grunderbes  
269 verpuffen.

270 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger  
271 Baustein sein. Wir bekräftigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der  
272 Jusos zu kostenloser Bildung, einer armutsfesten Grundsicherung insbesondere für  
273 junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne, die sozialen Aufstieg ermöglichen.  
274 Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter durch gute Rente und einen  
275 respektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und respektvoll mit  
276 Erwerbslosen umgeht.

277 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der  
278 Kindheit Maßnahmen zur Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob die

279 Busfahrt zur Schule, das digitale Endgerät oder die Nachhilfestunde. Bildungschancen  
280 dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es braucht zudem grundsichernde  
281 Maßnahmen, um zu Verhindern, dass Kinder in Armut aufwachsen. Dazu benötigt es eine  
282 echte Reform von Hartz 4 und mehr Unterstützung für Kinder aus Haushalten, die sie  
283 weniger unterstützen können.

284 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann auch  
285 zur finanziellen Begleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz für  
286 BAföG oder Mindestauszubildendenvergütung werden. Das BAföG muss angehoben und  
287 elternunabhängig ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair bezahlt werden und  
288 durch die Mindestauszubildendenvergütung einen guten Lebensstandard während der  
289 Berufsausbildung, während der sie bereits wertvolle Arbeit leisten, erreichen können.

290 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer\*innen aus verschiedenen Branchen die  
291 Löhne erhöht werden. Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben ausreicht  
292 und mit der Inflation auch anwächst. Branchenmindestlöhne müssen angehoben werden,  
293 Grundversorgung muss in öffentliche Hand und der Staat als Arbeitgeber für z. B.  
294 Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

295 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie  
296 müssen bei der Bewältigung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen  
297 Anstellung unterstützt und die Unterdrucksetzung beendet werden. Dazu braucht es ein  
298 echtes Bürger\*innengeld, keine Umbenennung von Hartz IV.

299 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die  
300 Allgemeinheit abgeben, die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet  
301 sich ihr Vermögen aus Erbmassen oder der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer  
302 Personen. Das Vermögen in Deutschland muss umverteilt werden, bzw. diejenigen, die  
303 unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile davon abgeben, um öffentliche  
304 Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Grund und  
305 Boden muss grundlegend verändert werden. Große Immobilienkonzerne und Besitzer\*innen  
306 zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet werden, der Vermieter der allermeisten  
307 Wohnungen sollte der Staat sein. Grundstücke in kommunalem oder staatlichem Besitz  
308 werden nicht mehr veräußert. Die Nutzung kommunaler oder staatlicher Grundstücke z.  
309 B. für eigengenutzten Wohnraum soll nur noch im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen  
310 erfolgen. Als Zukunftsvision sollte niemand mehr Wohneigentum besitzen, als  
311 er/sie/they selbst bewohnt.

312 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente  
313 abzusichern. Dafür braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum  
314 Leben ausreicht und keine Anhebung des Renteneintrittsalters.

315 Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür weitreichende und  
316 umfangreiche Maßnahmen. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg zu einem  
317 gerechten Start in das Leben für alle Menschen, egal wer sie sind und aus welchen  
318 Verhältnissen sie kommen.